

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gespalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358.15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey, Druck von C. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaisstraße 7, II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 81.

Das Sowjet-Paradies.

Von W. Stähler, Hannover.

Die Generalagenten der Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau versuchen in allen Staaten nicht nur die Tätigkeit der „reformistischen Gewerkschaften“ in den Augen der Arbeiterschaft herabzusetzen, sondern sie weisen auch zu gern in Wort und Schrift auf das Sowjet-Paradies hin, das in Rußland geschaffen wurde und das auch die übrigen Arbeiter der Welt haben könnten, wenn sie auf Stalin, dessen Jünger in den einzelnen Ländern und deren Laufburschen in den einzelnen Städten schwören würden.

Wie es in Wirklichkeit in dem so viel gepriesenen Sowjet-Paradies ausseht, darüber gibt Dr. A. Krogner in seiner Arbeit „Arbeiterrecht in Sowjet-Rußland“ einigermassen Aufschluß. Das nachfolgende Zahlenmaterial ist das Ergebnis dieser Forschungsarbeit.

Die Teuerung.

Nach den statistischen Aufzeichnungen des Sowjetstaatlischen Informationsbureaus betrug der Kleinhandelsindex in seiner Grundziffer, gleich 1 im Jahre 1913 gesetzt, im Februar 1928 2,24. Damit ist nach der amtlichen russischen Statistik festgestellt, daß die Kleinhandelspreise für Lebensmittel und Bedarfsartikel, auf die die Arbeiterschaft angewiesen ist, 2 1/4 mal so hoch sind wie vor dem Kriege. Es dürfte außer Rußland kaum noch einen Kulturstaat geben, in dem eine derartige Teuerung zu verzeichnen ist.

Die Löhne.

In keinem Verhältnis zu dieser Verteuerung des Arbeiterhaushaltes stehen die Einkommensverhältnisse der russischen Industriearbeiter. Nach den Ermittlungen von Dr. Krogner beträgt der monatliche Durchschnittsverdienst eines Industriearbeiters nach den amtlichen russischen Angaben 55 Tschernowrubel und 95 Kopeken. Da der amerikanische Dollar an der Moskauer Börse mit 1,94 notiert wird, entspricht der Rubel, in deutsche Reichsmark umgerechnet dem Betrag von 2,18 RM. Berücksichtigt man die 2 1/4fache Verteuerung der Lebenshaltungskosten der russischen Arbeiterschaft, so sinkt damit das monatliche Durchschnittseinkommen von 55,95 Rubel in seinem Realwert und seiner Kaufkraft auf 24,96 Rubel.

Die nachstehende Tabelle gibt die Monatsdurchschnittslöhne für die sechs wichtigsten russischen Industriezweige wieder, wobei den Monatsverdiensten in Tschernowrubel die Berechnung in deutsche Reichsmark abgerundet gegenübergestellt ist und in der letzten Rubrik der Realwert des Rubels, also die Kaufkraft desselben wiedergegeben ist:

Industrie:	in Rubel	Monatsdurchschnittslohn: in Reichsmark	Kaufkraft — Rubel
Leber	73,47	157,—	32,79
Metall	65,76	140,—	29,35
Lebensmittel	65,53	139,—	29,25
Bergbau	51,99	111,—	23,21
Holzbearbeitung	48,22	103,—	21,53
Textil (Leinen)	33,97	78,—	15,12
Durchschnitt aller Industriezweige	55,95	120,—	24,96

Aus dieser Zusammenstellung der amtlich ermittelten Löhne ergibt sich, daß der Höchstverdienst in der Lederindustrie und der schlechteste Verdienst in der Textilindustrie erreicht wird. Die Zahlen in der Rubrik des Kaufkraft rubels, die den wirklichen Verdienst entsprechend der Verteuerung der Lebenshaltungskosten wiedergeben, bedürfen keiner Beweisführung dafür, daß die russische Arbeiterschaft mit ihren Einkommensverhältnissen in allen Kulturstaaten ziemlich an letzter Stelle steht und höchstens noch von den chinesischen Kulis in ihrer Bedürfnislosigkeit übertroffen wird.

Akkordarbeit.

Wie kaum in einem anderen Lande fördern die russischen Sowjetgewaltigen die Akkord- und Prämienarbeit in den industriellen Betrieben. Nach den Feststellungen von Dr. Krogner muß der Akkordverdienst mindestens zwei Drittel des festen Tariflohnes erreichen. Während in Deutschland die tarifmäßigen Mindestlöhne im Akkord in der Regel Tarifstundenlohn + 15 bis 30 Prozent Akkordzuschlag betragen, beträgt dieser Zuschlag in Rußland 66 2/3 Prozent. Aus dieser Tatsache ergibt sich ohne weiteres die ungeheure Ausbeutung der Arbeitskraft in den russischen Industriebetrieben. Beachtet man im Zusammenhange damit die ungeheure niedrige Kaufkraft der Monatsverdienste, so ergibt sich auch daraus, daß die industrielle Ausbeutung der russischen Arbeiterschaft in der ganzen Kulturwelt fast ebenfalls einzig dasteht.

Überstundenzuschläge.

Die Provisionsreisenden der roten Gewerkschaftsinternationale versuchen es immer wieder so darzustellen, als wenn die Zulassung von Mehrarbeitsstunden in besonders dringenden Fällen durch die Tarifverträge, die von der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung gefaßt werden, ein Verbrechen an der Arbeiterschaft und eine Verunzierung des Achtstundentages bedeuten. Daß auch in Rußland Überstunden mit staatlicher Genehmigung geschoben werden, beweist die gesetzliche Festlegung der Überstundenarbeit in Artikel 60 des Gesetzes der

Arbeit. Danach ist für die ersten zwei Überstunden im Tage das 1 1/2fache des normalen Stundenlohnes, also ein Zuschlag von 50 Prozent zu zahlen. Für die dritte und vierte Überstunde am selben Tage gelangt der doppelte Stundenlohnsatz, also ein Zuschlag von 100 Prozent zur Auszahlung. Daraus ergibt sich aber weiterhin, daß in Rußland sogar der 12-Stundentag gesetzlich zulässig ist. Auch damit tritt Rußland würdig an die Seite der kapitalistischen Staaten, in denen es infolge einer schwachen oder durch die russischen Sendboten zerstörten Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung bis heute noch nicht möglich war, den Achtstundentag gesetzlich und tariflich als Maximalarbeitszeit zu verankern.

Zuschläge für Sonn- und Feiertagsarbeit.

Dieselben Zuschläge wie für die Überstundenarbeit gelten auch für die Sonn- und Feiertagsarbeit, sie betragen also für die ersten zwei Stunden 50 und für die weiteren 100 Prozent. Auch hieraus ergibt sich, daß in Rußland die Sonn- und Feiertagsarbeit nicht abgeschafft, sondern gesetzlich sanktioniert worden ist.

Zünftlerische Kartellpraxis.

Ein gut organisiertes Kartell vermindert bei einer Krise die Neuproduktion. Da alle Betriebe entsprechend gekürzt werden, so erhöhen sich die Herstellungskosten aller. Statt die Preise durch Anstoß der überlebten Werke zu erniedrigen und durch Ausbeutung des Absatzes der besseren Werke deren Kosten weiter herabzusetzen, droht man so lange, bis Produktion und Absatz sich bei hohem Preisstand ausgleichen. Das ist die Garantie des ausschmücklichen Einkommens, die der Zunftverfassung entspricht. Der Kapitalismus als soziales System hat aber nur dann Sinn, wenn er das Auseinanderbrechen von Konsum und Produktion immer wieder durch Verbilligung überwindet.

Professor Bonn: Das Schicksal des deutschen Kapitalismus (S. 29), Berlin 1928 bei S. Fischer.

Die normale Arbeitszeit.

Die normale Arbeitszeit beträgt täglich acht Stunden, wobei sowohl Ausnahmen über als auch unter dieser Grenze zulässig sind. Beim Schichtbetrieb ist die Nacharbeit genau so lang wie die Tagsschichtarbeit, sie beträgt also beim Dreischichtensystem 8 und beim Zwei-Schichtensystem 12 Stunden. Nur bei ständiger Nacharbeit ist die Arbeitszeit einheitlich auf 7 Stunden festgesetzt.

Besonders bemerkenswert ist auch, daß die Mehrleistung durch Arbeitsruhe wieder abgegolten werden kann. Es ist also erlaubt, daß landwirtschaftliche und andere Arbeiter, besonders in Saisongewerben, während der Ernte oder während der Saison täglich 14 Stunden und länger arbeiten, wenn nur in der arbeitschwachen Zeit die in der Saison geleisteten Mehrarbeitsstunden wieder hereingebracht werden. Also auch hier vertritt sich die russische Praxis mit den Forderungen der Arbeitgeber in den übrigen kapitalistischen Staaten.

Der Zwang zur Überstundenleistung.

Nach der russischen Arbeitsgesetzgebung sind die Arbeiter und Angestellten verpflichtet — unabhängig von ihrem freien Willen — Überstunden zu leisten in folgenden Fällen:

- a) bei Verrichtung von Arbeiten, die zum Schutze der Republik notwendig sind;
- b) bei Verrichtungen von Arbeiten, die im allgemeinen Interesse zur Behebung zufälliger oder unvorhergesehener Betriebsstörungen unumgänglich notwendig sind;
- c) wenn es unumgänglich notwendig ist, eine begonnene Arbeit zu vollenden, und
- d) bei Verrichtung von Ausbesserungs- und Instandhaltungsarbeiten an Maschinen und Apparaten.

Auch diese Bestimmungen ergeben, daß sie ziemlich wortgetreu den Arbeitszeitgesetzen der übrigen europäischen Staaten — soweit solche bestehen oder sich im Entwurf befinden — entnommen wurden.

Die Gesamtregelung beweist also, daß auch die sogenannte „sozialistische“ Sowjet-Republik gezwungen war, den Bedürfnissen ihrer nationalen Wirtschaft durch weitgehende Ausnahme vom Achtstundentag Rechnung zu tragen. Dabei sind diese Ausnahmen soweit gesteckt, daß die Vertreter der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale bestimmt nicht berechtigt wären, diese zu decken und zu verteidigen. Das Gesamtbild ergibt fernerhin, daß die Arbeitsverhältnisse im Sowjetparadies keinen Pfifferling besser sind, im Gegenteil bedeutend schlechter als in manchen der kapitalistischen Staaten. Es dürfte deshalb gut sein, diese Tatsache den Weisen aus dem

Sowjetlande vor Augen zu halten, besonders dann, wenn sie das Bedürfnis haben, über die sogenannte „Verräterpolitik“ der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung das Maul allzuweit aufzureißen.

Die Haltlosigkeit

der Unternehmerbehauptungen über die sozialpolitische Belastung.

Was ein fortschrittlicher Unternehmer dazu sagt.

Trotz aller viel gewundenen und zuckerläh klingenden sozialen Befenerungen versteift sich der Widerstand der Unternehmer gegen die soziale Aufwärtsentwicklung der Arbeiter und Angestellten immer mehr. Das kann niemand entgangen sein, der aufmerksam die Presse und Tagungen der Unternehmer verfolgt hat. Der soziale Widerstand ist bis weit in die Kreise der sich auch demokratisch gebenden Unternehmen gedrungen. Man braucht nur die letzten Mitteilungen des Hansabundes zu lesen, in denen wie wild gegen die auf dem Hamburger freigewerkschaftlichen Kongress geforderte Demokratisierung losgeschlagen wird. Herr Jakob Goldschmidt hat auf der Bankiertagung in Köln das Hohelied des freien, ungezügelter kapitalistischen Unternehmers gesungen, wenn man seine Rede von allen Verhinderungen und Verzerrungen befreit.

Zwei Dinge sind es, auf die es die kapitalistischen Feuerfresser besonders abgesehen haben und gegen die sie mit eingelegten Lanzen immer wieder anrennen. Das ist die Erweiterung jeglicher sozialpolitischer Fortschritte, der Ausbau der Sozialversicherung und das Vordringen der sogenannten öffentlichen Hand. Sie wollen keine Erweiterung, sondern eine Verengerung der Sozialpolitik. Sie wollen im besonderen keine weitere Erhöhung der Löhne, sondern fordern den sogenannten Leistungslohn und den Abbau der sozialen Lasten. Es ist nun ganz wertvoll, zu diesen gerade in den letzten Wochen von den Unternehmern aufgeworfenen Fragen einen aus ihren Reihen sprechen zu lassen, der, wenn auch kein deutscher Unternehmer, diese Fragen genau so vom Nützlichkeitsstandpunkt aus betrachtet. Der bekannte Schweizer Schokoladenfabrikant Theodor Tobler hat im Sozial-Institut der Tschechoslowakischen Republik einen Vortrag über „Produktion und Wirtschaft im Zeichen einer neuen Zeit“ gehalten und in diesem Vortrag die sozialen Fragen berührt, weswegen die deutschen Unternehmer besonders in der letzten Zeit immer wieder aufbegehren und Jeter und Mordio schreien. Herr Tobler bringt den sozialen Kämpfen der Arbeiterschaft eine ganz andere Auffassung entgegen als dies seitens der deutschen Unternehmer geschieht und betrachtet es als ein Glück, daß die Arbeitnehmerschaft sich in stets zunehmendem Maße auf ihre Menschenrechte zu befinden begann, und daß ihr Führer erstanden sind, die vermocht haben, von der Arbeitgeberchaft ein Zugeständnis nach dem anderen zu erzwingen. Er sieht auch in dem Sozialismus den notwendigen Rückschlag gegenüber den Übergriffen und Mißbräuchen der begüterten Klasse der Menschen. Mit so einem Unternehmer kann man sich unterhalten. Ein sehr richtiges und treffendes Wort sagt Tobler über die Frage der nationalen Wirtschaft und der internationalen Bestrebungen, indem er genau so wie die Arbeiterschaft davon ausgeht, daß der Wert der Arbeitskraft nur gehoben werden kann, wenn wir um den Aufbau des Reichtums der Welt besorgt sind. Wörtlich sagt Tobler:

„Ich sage absichtlich der Welt und nicht der Nation, denn die Wirtschaft ist nicht mehr, kann nicht mehr national sein.“

Von den Löhnen sagt Tobler, daß nur mit hohen Löhnen der Arbeitswille und die Arbeitsfreude erhöht werden und daß diese Löhne die bedeutendsten Eigenschaften zur Erhöhung der Erzeugung darstellen. Tobler will, daß die Menschen dazu erzogen werden, sich den Himmel auf Erden zu erbauen, und er erblickt den Weg, den wir gehen müssen, um die schlummernden Kräfte zu wecken, in der „begonnenen privatwirtschaftlichen Sozialisierung“! (Gemeint ist wohl die Sozialisierung der kapitalistischen Privatwirtschaft. Die Red.)

Mit Keulenschlägen zertrümmert Tobler die von den deutschen Unternehmern besonders in den letzten Wochen sich häufenden Angriffe gegen die Sozialversicherung. Er weist es zurück, wenn die Kapitalvertreter die gefallene Wirtschaftlichkeit der Betriebe auf die „überstanzten Lohnansätze, die über alle Gebühr herabgesetzte Arbeitszeit und die großen Lasten der Sozialversicherung“ zurückführen. Er sagt, daß er einen jahrelangen, erbitterten Kampf gegen die Anschauungen geführt habe und fährt dann wörtlich fort:

„Die Sozialversicherung betreffend erscheint es mir als vollkommen verkehrt, wenn versucht wird zu behaupten, daß wir damit den Verantwortlichkeits Sinn der Arbeitnehmerschaft hemmen. Es ist tausendfach erwiesen, daß er bei allen Rückschritten überhaupt erst dann in Erscheinung tritt, sobald sie feststellen können, daß ihr materielles Bemühen von irgendwelcher Aus-

licht auf Erfolg begleitet ist. Gerade das will aber diese Sozial-

Tobler schließt seine Ausführungen mit den großen

Den zweiten Angriff fragen die Unternehmer gegen die

Die ganze Zweipoligkeit, mit der das Unternehmertum

in der Öffentlichkeit gegen das Vordringen der Einmischung

Vom Hamburger Gewerkschaftskongress.

Nachfolgend bringen wir die etwas umfangreiche Entschliessung

Die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften.

Die Arbeiterbewegung ist die größte aller bisherigen Kultur-

Durch die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen

Die Erfüllung dieser Aufgaben der Gewerkschaften ist in hohem

Vareben besondert der Kongress die Notwendigkeit und den hohen

Der Kongress verpflichtet daher die angeschlossenen Verbände

Leitfäden zu den Bildungsaufgaben.

Arbeiterbildung ist nicht gleichzusetzen mit Erwachsenenbildung.

Eine Fahrt

Westerland-Kuxhaven-Hamburg.

Gefolgtlich des Hamburger Gewerkschaftskongresses haben eine

Es ist mit 90 Quadratkilometer Fläche die größte deutsche

Die Insel ist nicht nur vom Landwege, sondern auch auf dem

jeder Reform des öffentlichen und freien Bildungswesens. Sie ist

a) Volksschulwesen.

Die gemeinsame Grundlage des gesamten Bildungswesens im

Wie bei den mittleren und höheren Schulen und bei den Hoch-

Reichtum adelt nicht.

Das blanke Gold

Macht Weiß aus Schwarz, aus Häßlich Schön,

Macht Unrecht recht, Schlecht gut, Alt jung, Feig

Es lockt den Priester fort von dem Altare,

Reißt Halbgenesenen weg das Schlummerkissen.

Ja, dieser gelbe Sklave löst und bindet

Geweihete Bände, segnet den Verfluchten,

Macht selbst den Ausfah lieblich, hilft dem Dieb

Zu Amtern, Titeln, Ehr' und Anerkennung,

Und schafft der überjäh'gen Witwe Freier.

Shakespeare.

Die Volksschule ist die Vorschule der beruflich tätigen Jugend.

Bei der Lehrerbildung müssen die Sozialwissenschaften

b) Berufsschulwesen.

Trotz der wiederholten Forderungen der Gewerkschaften und der

Die Bestrebungen von Religionsgesellschaften und Weltan-

Für die besonders Beschäftigten aus der Arbeiterchaft ist die

nach der Südspitze der Insel, welche den Namen Hornum trägt.

Es war ein herrliches Wetter. Trotzdem war die See bewegt.



Helgoland und die „Cobra“

wieder verzogen. Sie soll ähnlich sein wie ein Käsejammer.

Die Nordsee schläft um Helgoland

öffnet worden. Von den Berufsschulen muß der Übergang zu

In Verbindung mit diesem Aufbau sind die vom Reichsmini-

Die vom 12. Gewerkschaftskongress (Breslau 1925) erhobenen

Der Zerplitterung und Vielgestaltung des deutschen Berufs-

Das oft kümmerliche Berufsschulwesen in kleinen Orten, in

Weiter sind verstärkte Maßnahmen zu treffen für die körper-

Zur gesunden Förderung der Jugend ist eine schulärzt-

c) Gewerkschaftliches Bildungswesen.

Der allgemeine Zweck der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit

Die Gewerkschaftsbewegung ist eine Massenbewegung. Die

Die Gewerkschaften vergrößern den Lebensraum der Ar-

Auch die Funktionärbildung ist Bestraungsschulung. Die zahl-

Die wunderbare Sommernacht

Bald hält unser Schiff vor der schönen Insel, wo Hoffmann

Kuxhaven als Seebad und als Industriestadt.

Kuxhaven wurde um die Wende des 14. und 15. Jahrhunderts

Im Ozean mitten schläft bis zur Stunde

Handenen gewerkschaftlichen Heimkulturen. Besonders aber wird sie pflegen sein in den Bundesheimen, die jetzt errichtet werden. Diese Schulen müssen zu Energiezentren des gewerkschaftlichen Lebens werden. Sie sind die Grundlage für die Durchgliederung des gewerkschaftlichen Bildungswesens und sollen auch der Auslese für die Bewerber zu den staatlichen Fachschulen für Wirtschaft und Verwaltung sowie der Akademie der Arbeit, zu denen die Gewerkschaften Schüler delegieren, dienlich gemacht werden.

Der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit muß noch größere Aufmerksamkeit zugewendet werden. In dem Maße, wie die Arbeiterkraft die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Verhältnisse geistig durchdringt, wird ihre Macht wachsen. Ihr Einfluß sich steigern.

Frauenfragen.

Sonderbeihilfen für Schwangere.

Die Leistungen der reichsgesetzlichen Wochenhilfe haben den Zweck, der Wöchnerin vor der Geburt eine bessere Ernährung zu gestatten und ihr außerdem die Niederlegung ihrer Erwerbsarbeit möglichst frühzeitig zu ermöglichen. Auch nach der Niederkunft soll sich die Wöchnerin (Sohnen und möglichst allein auf die Kräftigung ihres Körpers und des Kindes bedacht sein. Leider muß festgestellt werden, daß die Leistungen der Wochenhilfe, so angebahnt sie auch heute sein mögen, nicht genügen, um dieses Ziel zu erreichen. Vor allen Dingen ist das Wochengeld zu gering, als daß es der Wöchnerin möglich wäre, die Arbeit ohne zwingenden Grund niederzuliegen. Die freien Gewerkschaften haben im Verlehn mit den politischen Arbeiterparteien schon mehr als einmal eine Verbesserung der Wochenhilfeleistungen bei den gesetzgebenden Körperschaften erstrebt. Bis heute leider erfolglos. Um so erfreulicher ist es, daß einzelne Länder dazu übergegangen sind, von sich aus Mittel zur Verfügung zu stellen, um durch Zuschüsse die Leistungen der Wochenhilfe mehr den Erfordernissen anzupassen. Es sind dies die Freistaaten Sachsen und Braunschweig. Leider ist dies unter den Kreisen der Versicherten wenig bekannt, so daß infolge Unkenntnis eine ganze Reihe Wöchnerinnen nicht in den Genuss dieser Sonderbeihilfe kommt. Es ist deshalb notwendig, die Voraussetzungen, die zum Erhalt dieser Zuschüsse notwendig sind, einmal zu besprechen.

In Braunschweig erhalten durch einen Erlass des Innenministers vom 24. 8. 1928 mit Wirkung vom 1. April 1928, die Wöchnerinnen folgende Leistungen neben denen der reichsgesetzlichen Wochenhilfe. Wer wegen der bevorstehenden Niederkunft ihrer Wochen vorher die Arbeit aufgibt, erhält für jede Woche eine Beihilfe von 14 Mark (zusammen 56 Mark) neben den Wochenhilfeleistungen. Bei kürzerer Arbeitsruhezeit wird ein entsprechender Teilbetrag (2 Mark für den Kalendertag) gewährt. Diese Unterstützung wird allen krankenkassenpflichtigen Wöchnerinnen gewährt. Die einen Anspruch auf die reichsgesetzliche Wochenhilfe haben. Bei Fehlgeburten und anderen Krankheitsfällen kann der Zuschuß nicht gewährt werden. Bedingung ist ferner, daß die Wöchnerin die Arbeit auch wirklich aufgibt. Die Zuschußleistungen werden durch die Krankenkassen ausgezahlt, bei der die Wöchnerinnen versichert sind. Die Kassen erhalten dann ihre Auslagen vom Lande zurück.

Für den Freistaat Sachsen lauten die Bestimmungen wieder anders. Hier können einen Zuschuß nur gewerbliche Arbeiterinnen erhalten (nicht Dienstmädchen, Handlungsgehilfinnen usw.). Voraussetzung ist jedoch auch der Anspruch auf reichsgesetzliche Wochenhilfe; ferner müssen die Wöchnerinnen ihren künftigen Wohnsitz im Freistaat Sachsen haben. Es werden Beihilfen bis zu acht Wochen vor der Niederkunft gewährt, wenn die Schwangere ihre Arbeit infolge ihrer Schwangerschaft niederlegt. Es werden folgende Zuschüsse zu der Wochenhilfe gewährt: Vom Beginn der achten Woche bis zum Ablauf der fünften Woche vor der Entbindung beträgt die Staatsbeihilfe 1,50 Mark pro Kalendertag. Wird jedoch in dieser Zeit bereits Wochengeld gewährt, so ist nur der Differenzbetrag zwischen dem Wochengeld und dem Betrag von 1,50 Mark täglich als Beihilfe zu zahlen. Für die letzten vier Wochen vor der Geburt wird die Staatsbeihilfe in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen Wochengeld und Grundlohn gezahlt. (Die Wöchnerin erhält also für die letzten Wochen insgesamt eine Unterstützung, die ungefähr ihrem Arbeitsverdienst gleichkommt.) Auch in Sachsen sind die Krankenkassen mit der Durchführung dieser Sonderbeihilfe betraut.

Es liegt im Interesse aller Wöchnerinnen, von diesen Möglichkeiten Gebrauch zu machen und die Zuschüsse bei den Krankenkassen zu beantragen. Auskünfte über die Voraussetzungen zum Erhalt dieser Sonderzuschüsse und über die Auszahlung derselben sind in beiden Ländern bei sämtlichen reichsgesetzlichen Krankenkassen zu erlangen.

Jugendbewegung.

Zur Jugendfrage in unserem Verbands.

Wer die Jugend hat, hat die Zukunft! Dieser wahre Satz findet in allen Organisationen des werktätigen Volkes seine Berechtigung, und alle Organisationen sind bestrebt, die erforderlichen Konsequenzen aus der Wahrheit dieses Spruches zu ziehen. Während es in der Vorkriegszeit innerhalb der Arbeiterorganisationen nur eine Jugendorganisation gab, die Arbeiterjugend, reihen sich heute alle Arbeitervereinigungen, und nicht nur diese, um die Jugendlichen. Heute sehen wir neben den rein politisch eingestellten Jugendgruppen, als da sind Arbeiterjugend, Freie sozialistische Jugend, Kommunistische Jugend, Kommunistische Arbeiterjugend und Anarchistische Jugend, auch in allen proletarischen Kulturverbänden und nicht zuletzt in jeder freien Gewerkschaftsorganisation eigene Jugendgruppen. Jede der Organisationen weiß nach, daß es für sie wie auch für die ihnen jeweilig angeschlossenen Jugendlichen eine unbedingte Notwendigkeit ist, Jugendgruppen im Rahmen ihrer Organisation zu errichten, und das für die Jugend und auch durch die Jugend zu bearbeitende Gebiet ist in jeder Organisation ein sehr umfangreiches. Wegen all diese Arbeiten der einzelnen Arbeiterorganisationen im Interesse ihrer Jugendgruppen kann man von Standpunkte des fortschrittlich gesinnten und sich auf dem Boden sozialistischer Weltanschauung bewegendem Menschen nichts einwenden, im Gegenteil, jeder Sozialist, und das sollten auch alle Freigewerkschaftler eigentlich sein, muß diese Arbeit, soweit sie wirklich der Jugend und durch die Jugend der Gesamtorganisation dient, nicht nur anerkennen, sondern auch tatkräftig unterstützen.

Wie aber sieht es mit der Frage der Jugendgruppen und damit auch zugleich mit der Erledigung der Arbeiten für diese Jugendgruppen in unserem Verbands aus?

Während es den anderen freien Gewerkschaften ziemlich leicht ist, die bei ihnen jeweilig organisierten jungen Arbeiterinnen und Arbeiter in besonderen Jugendgruppen zu erfassen, fällt es in unserem Verbands etwas schwerer, die bei uns organisierte arbeitende Jugend in besonderen Gruppen zusammenzufassen, und zwar aus den beiden folgenden Gründen:

1. Kennen wir in unserem Organisationsbereich nicht das bei allen anderen gewerkschaftlichen Organisationen vorhandene Lehrlingsproblem, durch welches die jungen Arbeiter einerseits für eine mehrere Jahre dauernde Frist bei einem Arbeitgeber verweilen, also auch, soweit sie gewerkschaftlich organisiert sind, auf längere Zeit in der Organisation verbleiben, selbst dann noch, wenn sie die Lehrlingszeit überstanden haben; und 2. weil auf Grund dessen die Fluktuation in anderen Gewerkschaften nicht eine derart starke ist wie gerade bei uns, die wir die ungelerten Arbeiter in einem sehr hohen Maßstab erfassen.

Damit soll aber keineswegs gesagt sein, daß wir keine Jugendgruppen bilden und halten sollen, im Gegenteil müssen uns gerade die erschwerenden Bedingungen um so mehr anseuern, uns der Jugend, die bei uns organisiert ist, und die wir im Rahmen unseres Arbeitsgebietes erfassen können, anzunehmen. Unsere Funktionen müssen sich darüber klar sein, daß gerade die sich uns entgegenstemmenden Schwierigkeiten durch ihre Überwindung die besten Erfolge bringen werden.

Man sollte sich also in allen unseren Zahlstellen, aber auch in den Gauen und im Verbandsvorstand einmal intensiver mit der Frage der Bildung von Jugendgruppen innerhalb unseres Verbandes befassen und auch zur Bildung besonderer Jugendgruppen schreiten; es würde sich bestimmt lohnen, zumal dann, wenn der erforderliche gute Wille vorhanden ist. Denn wo ein Wille ist, da findet sich auch ein Weg.

(Wozu zu sagen ist, daß die hier zitierten Verbandsinstanzen in der vom Kollegen Schopp gewünschten Weise seit Jahren tätig sind. Die Red.)

Schulenklassung und Jugendchutz.

Die Gewerkschaften vertreten die Forderung auf eine Verlängerung der Schulzeit. Diese Forderung hat nicht nur eine kulturelle Bedeutung, weil die geistige Durchbildung des Menschen durch eine Verlängerung der Schulzeit gehoben wird, sondern sie hat auch eine große Bedeutung für die Gesundheit der Jugend, und damit den Gesundheitszustand des Volkes.

Gerade das Alter der Schulklassen verlangt besondere Aufmerksamkeit, weil die Reife des Menschen beginnt, vor allem bei den Mädchen. Und die Untersuchungen haben denn auch gezeigt, daß dieser plötzliche Wechsel von Schulzeit und Berufsleben in solch jungem Alter und solcher Reifezeit von schädlichem Einfluß auf die Gesundheit ist. Die Tuberkuloseerkranklichkeit schwilt z. B. nach dem 14. Lebensjahre plötzlich an, gerade bei den Mädchen.

Aber diese Last der erhöhten Tuberkuloseerkranklichkeit in dieser Zeit ist nur eine Erscheinung der allgemeinen Schwächung der körperlichen Widerstandsfähigkeit in dieser Zeit. Der ganze Körper ist in einer Umwandlung. Es sind nicht nur Organe, die reifen, vielmehr befindet sich der ganze Mensch in einer „zweiten Geburt“. Da ist die Forderung nach einer Änderung der heutigen Verhältnisse in dieser wichtigen Wendezzeit des Lebens von einer ganz außerordentlichen Bedeutung.

In die Ungeduldigen und Anflügen.

Der würde ein Tor sein, der die Reform der ganzen Welt mit einem Schlage liefern oder auch nur auf einmal ansetzen wollte. Lassalle.

Arbeiterchutz und Arbeiterversicherung.

Reichs-Unfallverhütungs-Woche.

Im nächsten Jahre, in der Zeit vom 20. bis 26. Januar, wird eine Reichs-Unfallverhütungs-Woche stattfinden. Veranstalter ist der Verband der deutschen Berufsvereinigungen. Die Arbeitsgemeinschaft für Unfallverhütung der neben den Verbänden der gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen, die Spitzenverbände der Gewerkschaften, der Verein der deutschen Maschinenbauanstalten (das ist besonders erfreulich. Die Red.), der Verein der Gewerbeaufsichtsbeamten, die Arbeitsgemeinschaft deutscher Betriebsingenieure und das Reichsversicherungsamt angehören, werden sich an der geplanten Unfallverhütungs-Propaganda beteiligen. Ebenso dürften sämtliche Behörden, Organisationen und Verbände, die bei der Reichsgesundheitswoche mitgewirkt haben, auch hierbei mitarbeiten. Die Kosten für die Veranstaltungen während der Reichs-Unfallverhütungs-Woche werden von den Berufsvereinigungen getragen.

In der Presse werden Abhandlungen, Bilder und Schlagzeilen über Unfallverhütung erscheinen. Während der Unfallverhütungs-Woche sind Vorträge, soweit es die örtlichen Verhältnisse gestatten, mit Lichtbild- und Filmpvorführungen vorgezogen. Nach der Größe des Ortes und dem dort vorherrschenden Gewerbegebiet werden die Vorträge entweder allgemeiner Natur oder auf die besonderen Verhältnisse einzelner Berufe zugeschnitten sein. Voraussichtlich werden für die Angehörigen der öffentlichen Verkehrsbetriebe, der Landwirtschaft und der einzelnen Industriegruppen Spezialvorträge abgehalten werden. In Aussicht genommen ist auch, auf die besonderen Aufgaben der Betriebsvertretung bei der Eindämmung der Unfall- und Gesundheitsgefahren hinzuweisen. Ebenso sollen gewerbehygienische Maßnahmen und die Bekämpfung der Berufskrankheiten Berücksichtigung finden.

Ein besonderer Nachdruck wird auf die Unfallverhütungspropaganda in der Schule gelegt. Es ist geplant, Vorträge über dieses Thema halten und insbesondere über Verkehrsgesfahren und ihre Verhütung Aufsätze schreiben zu lassen. Für die besten Arbeiten sollen Preise ausgesetzt werden. Auch in den Berufsvereinigungen, höheren Lehranstalten, technischen Hochschulen soll in zweckentsprechender Weise auf die Unfallverhütung und die Wege zu ihrer wirksamsten Durchführung hingewiesen werden. Die Jugendabteilungen der Gewerkschaften werden sich gleichfalls in dieser Woche mit den Fragen der Unfallverhütung und der ersten Hilfe bei Unfällen zu beschäftigen haben. Schließlich soll während der Reichs-Unfallverhütungs-Woche nachhaltig wirkendes Propaganda- und Lehrmaterial in die Hände der werktätigen Bevölkerung, vor allem auch der Jugend gebracht werden. Auch die bereits in großer Zahl vorhandenen Unfallverhütungsbilder, wie ein eigenes für die Reichs-Unfallverhütungs-Woche hergestelltes Werbeplakat werden als Propagandamittel dienen.

Zur Vorbereitung, Durchführung und Organisation der Reichs-Unfallverhütungs-Woche in den einzelnen Orten ist die Bildung von Ausschüssen geplant. In diesen Ausschüssen ist neben den Vertretern der Berufsvereinigungen, der Unternehmervereinigungen und der Gewerkschaften auch an eine Mitarbeit der Gemeindevorstellungen und sonstiger am Orte befindlicher Behörden gedacht. Als Zwischenorganisation zwischen der Berliner Zentrale und diesen Ortsausschüssen wird in allen Landes- und Provinzhauptstädten gleichfalls ein entsprechender Ausschuß gebildet werden. In diesen Ausschüssen werden die Bezirksleitungen der Gewerkschaften und des ADGB mitzuwirken haben.

Das Organisationsbureau der Reichs-Unfallverhütungs-Woche wird in Kürze in laufend erscheinenden „Rundschreiben“ allgemeine und spezielle Vorschläge zur Durchführung der Reichs-Unfallverhütungs-Woche veröffentlichen. Auch sollen Nachweisungen des vorhandenen Aufklärungs- und Lehrmaterials über diese Fragen bekanntgegeben werden. Das Programm der Reichs-Unfallverhütungs-Woche steht noch nicht endgültig fest. Es wird jedoch nur eine Art Rahmen darstellen, der den örtlichen Stellen zeigt, in welcher Weise sie die Unfallverhütungs-Propaganda gestalten können, im übrigen ihnen aber volle Bewegungsfreiheit läßt.

Eine Sendung der Unfallziffern und eine Einschränkung der durch die Gefahren des täglichen Lebens eintretenden Verluste an Arbeitskraft und Gesundheit müssen die sichtbaren Erfolge der Reichs-Unfallverhütungs-Woche werden.

Es ist notwendig, alles einzusetzen, daß die Reichs-Unfallverhütungs-Woche nicht nur äußerlich wirkungslos in Erscheinung tritt, sondern auch praktische Resultate dabei erzielt werden. Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in seiner Sitzung vom 1. September 1928 in Hamburg der beabsichtigten Unfallverhütungs-Propaganda volle Unterstützung zugesagt. Den Gewerkschaftsmitgliedern erwächst nun die Pflicht, zum ersten Mal die Reichs-Unfallverhütungs-Woche durch intensive Mitarbeit beizutragen.

Steigerung der Arbeitsunfälle.

Nach dem Jahresbericht der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten und Bergbehörden für das Jahr 1927 sind die Arbeits-

unfälle im abgelaufenen Jahre gestiegen. So hat sich die Zahl der gemeldeten Unfälle im Regierungsbezirk Posen von 8500 im Jahre 1926 auf 13 300 1927 erhöht. Der Regierungsbezirk Breslau zeigt eine Steigerung von 10 368 auf 15 785 auf. Regierungsbezirk Arnberg hat sogar eine Steigerung von 60 Prozent zu verzeichnen. In Düsseldorf kamen auf 1000 beschäftigte Arbeiter 82,9 Unfälle gegen 73,9 im Vorjahre. Im Regierungsbezirk Frankfurt a. d. Oder liegt eine Steigerung von 48,8 auf 52,1 je 1000 Arbeiter vor. Das sind einige Beispiele, welche zeigen, daß die Arbeitsunfälle ganz wesentlich gestiegen sind. In diesem Zusammenhange wird untersucht, inwieweit die Rationalisierung auf die Steigerung von Arbeitsunfällen eingewirkt hat. Im Bericht wird der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Umstellung der Industrie, welche meistens in der Mechanisierung der Transporte, Bindung des Arbeiters an den Arbeitsplatz, Automatisierung von Maschinen u. ä. erfolgte, für die Unfallverhütung von Vorteil ist. Wenn das in dieser Beziehung nicht zur Auswirkung kommt, so dürfte ein Beweis dafür vorliegen, daß die Rationalisierung nicht richtig vorgenommen wurde. Zweifellos wird in der gegenwärtigen Produktion in erhöhtem Tempo gearbeitet. Ein großer Teil der gesteigerten Unfälle wird auf dieses schnellere Arbeitstempo zurückzuführen sein.

Internationale Arbeiterbewegung.

Die drei möglichen Wege der Gewerkschaftsbewegung.

In seinem Bericht für den Gewerkschaftskongreß in Swansea spricht der Generalrat der englischen Gewerkschaften von den drei Wegen, die die Gewerkschaftsbewegung einschlagen könne. Wie immer man sich den Schlussfolgerungen des Generalrats stellen mag, ist die Schilderung der „drei möglichen Wege“ wie auch die Stellungnahme des Generalrats zu ihnen von großem Interesse. Der erste Weg ist klar auszusprechen, daß die Gewerkschaften alles versuchen werden, die Wirtschaft des Landes lahmzulegen und mit allen Mitteln auf den Zusammenbruch des ganzen Systems hinzuarbeiten, in der Hoffnung, daß daraus eine revolutionäre Situation entstehen würde und in der Annahme, daß eine Revolution zur Abschaffung des Kapitalismus und Besserstellung der Arbeiterschaft führen kann. Diese Politik — so heißt es im Bericht — wurde entschieden abgelehnt als unfruchtbar, da sie zur sicheren Niederlage verurteilt sei und allein zum Untergang und Elend führen würde. Der zweite Weg besteht darin, sich zur Seite zu stellen und den Unternehmern zu sagen, sie mögen ihre Geschäfte allein führen, während die einzelnen Gewerkschaften fortfahren würden, voneinander getrennt für ihre Mitglieder Vorteile zu erkämpfen. Der Generalrat kennzeichnet diese Politik als ein Eingeständnis des Versagens, indem die Gewerkschaften erklären, daß sie auf die Veränderungen, die im Wirtschaftsleben des Landes eintreten, keinen Einfluß nehmen wollen. Der dritte Weg — sagt der Generalrat — ist offene Erklärung seitens der Gewerkschaften, daß sie das Wohlergehen der Wirtschaft nicht nur sehr angeht, sondern daß sie die Veränderungen, die in der Wirtschaft gegenwärtig vor sich gehen, durch aktive Teilnahme nachhaltig beeinflussen wollen. Dies soll jedoch nicht bedeuten, daß die Politik der organisierten Arbeiterbewegung geändert und ihr Endziel aufgegeben werden soll. Der Bericht erklärt, daß dem Endziel der Bewegung (d. h. der Sozialismus; d. Red.) besser gedient wird, wenn sich die Wirtschaft in Blüte befindet, als wenn sie daniederliegt und die Gewerkschaften ihre Macht für die wissenschaftliche Organisation der Wirtschaft ansüßen und den Arbeitern materielle Vorteile sichern können. Der Generalrat sieht diesen Weg als die einzig mögliche Politik der Gewerkschaftsbewegung an, wenn diese eine lebensfähige und konstruktive Arbeit leisten will.

Die russischen Gewerkschaftsmitglieder sollen 500 Millionen Rubel anbringen.

Die russische Regierung hat wiederum eine Anleihe von 500 Millionen Rubel angeschrieben, die für die Industrialisierung der Volkswirtschaft Rußlands verwandt werden sollen. Da die Zeichnungen für diese Anleihe wahrscheinlich nicht nach Erwarten eingingen, wandte sich der Zentralrat der russischen Gewerkschaften an die Vorstände der einzelnen Verbände mit dem Ersuchen, die Verbandsglieder zur Zeichnung der Anleihe aufzufordern. In der Nr. 33 des „Rabotshi Chimik“, dem Organ des Verbandes der russischen Chemiearbeiter, kommt das Zentralkomitee des russischen Chemiearbeiterverbandes dieser Aufforderung nach.

Nachdem das Zentralkomitee festgestellt hat, daß die erfolgreiche Realisierung der Anleihe für die Industrialisierung, für die „Chemisierung“ des Landes und für die Blüte der chemischen Industrie, an der der Chemiearbeiterverband aufs stärkste interessiert sei, von entscheidendem Einfluß ist, wird die Anleihe als einer der Wege bezeichnet, die zur Erreichung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Rußlands von den kapitalistischen Staaten führen. Da die Industrialisierung des Landes aber bedeutende Mittel erfordert, von den kapitalistischen Staaten jedoch keine finanzielle Hilfe zu erwarten sei, müßten die Arbeiter und Angestellten selbst nach Kräften die unbedingt notwendigen Summen aufbringen, weil nur durch eigene Kraft der Sieg auf der wirtschaftlichen Front errungen werden könne. Die Anleihe verfolge den guten Zweck, die russische sozialistische Wirtschaft zu stärken; außerdem sei sie die beste Form der Anlage und Aufbewahrung der Ersparnisse, die die Arbeiter und Angestellten haben.

So erwartet das Zentralkomitee, daß kein Arbeiter sich der Pflicht der Zeichnung der Anleihe entziehen und jeder den Betrag zeichnen werde, der vom Allrussischen Zentralrat der Gewerkschaften als angemessen empfohlen worden war, nämlich einen Monatsverdienst, und daß die Chemiearbeiter wie immer, so auch in dieser Angelegenheit, in der ersten Reihe seien werden.

Die Organisation der Anleihezeichnung ist den Betriebsräten übertragen worden. Die Erfolge sind sehr verschieden. In einigen Fabriken weigern sich die Arbeiter hartnäckig, für die Anleihe zu zeichnen. In anderen Fabriken sind, nach den Meldungen des „Rabotshi Chimik“, je nach der Zahl der beschäftigten Arbeiter Beträge von 12 000 bis 50 000 Rubel gezeichnet worden.

Nicht kennzeichnet die verzweifelte Lage der russischen Wirtschaft treffender als die Art, in der man versucht, die 500-Millionen-Anleihe unterzubringen. Der russischen Re-

gierung wird es sehr schwer werden, auf diese Weise die 500 Millionen Rubel zu sammeln. Die Löhne der russischen Arbeiter sind nicht so hoch, um viel Ersparnisse machen zu können — und die an sich niedrigen Löhne werden noch sehr unregelmäßig ausgezahlt, wie der „Rabotshi Chimik“, die Verbandszeitung der russischen Chemiarbeiter, klagt. Aber den Grad der Freundschaft, mit der die Arbeiter von ihrem künftigen Lohn noch einen Monatsverdienst abgeben werden, braucht man nicht im Zweifel zu sein. Wo die russische kommunistische Partei die Mehrheit und damit die Gewalt in den Betrieben und in den Betriebsräten hat, wird die Eintreibung dieser Extrasteuer verhältnismäßig leicht vor sich gehen. Da wird der Betrag einfach vom Lohn zurückbehalten, wie es früher mit den Verbandsbeiträgen, als die Zugehörigkeit zu den Gewerkschaften noch obligatorisch war, auch gehandhabt wurde. Die Arbeitsfreudigkeit wird durch solche Methoden der Entlohnung kaum gesteigert werden. Die kommunistische Presse wird allerdings wieder vom einhelligen Opferfinn der russischen Arbeiter sprechen, die freudig ihren Monatslohn opfern, um ihren Staat und ihre Wirtschaft zu retten.

Lohn- und Tariffbewegungen, Streiks und Aussperrungen.

Zuschlagsabkommen für den Viskosebetrieb der Glanzstoff-Courtaulds in Köln-Merheim.

Nach längeren Verhandlungen ist es der Zahlstellenleitung gelungen, auch für diese Betriebsabteilung ein Zuschlagsabkommen zu vereinbaren. Der Betrieb ist noch nicht voll ausgenutzt. Die Vereinbarung lautet:

Ab 3. September 1928 werden in der Viskosefabrik folgende Funktionszuschläge pro Stunde gezahlt. Die Entscheidung über die Verwendbarkeit der Arbeitnehmer für die eine oder die andere Funktion liegt ausschließlich in den Händen der Werkleitung. Es erhalten folgende Gruppen die am Kopfe der Tabelle bezeichneten stündlichen Funktionszuschläge:

Erhöhung pro Stunde	3,25 Pf.	6,5 Pf.	9,75 Pf.	13 Pf.	16,25 Pf.
Lohnraum	Entlüfter	Einscher Wannen-leerer	Lange-steller	Zerfaserer	1. Läufer 1. Zerfaserer
Öfenhäus	Kipper	Öler	Baracken-leerer	Spinn-wache	Sulfidie-rer 1. Mischer
Kaufreise	Zell-Zente	Kasten-reiniger*	Filter-mischer*		Filterer
Zellstation				Langelente	
Allgemeine				Schmerer	
Zuschlag pro Woche:	Mk. 1,56	Mk. 3,12	Mk. 4,60	Mk. 6,24	Mk. 7,80

Angenommen von den Funktionszulagen sind Aufzugsführer. Die mit * bezeichneten Leute erhalten den Funktionszuschlag nicht auf weiteres.

In zwei Betriebsbesprechungen hat sich die Arbeiterschaft mit dem Abkommen beschäftigt und die Verbandsleitung beauftragt, trotz erheblicher Bedenken, besonders wegen der Zuschläge für die niedrigen Gruppen, der Firma die Annahme des Abkommens mitzuteilen. In der Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Viskosearbeiter gegenüber den Spinnern in der Lohnfrage nicht demnach zurückstehen wollen. Hoffen wir, daß dieser Wunsch bald in Erfüllung geht. P. Herwig.

Berichte aus den Zahlstellen.

Unsere Verbandsschule und die KPD.

Zahlreiche Verbandskollegen, die politisch bei der KPD sind, haben bis jetzt unsere Verbandsschule besucht, sowohl die Wanderkurse wie auch unsere Internatschule in Wennigsen. Weshalb sollte es auch anders sein? Verbandsleitung und Schulleitung werben alle Mitglieder gleich, wenn sie im Verbande Gewerkschaftsarbeit leisten und nicht Anführer der KPD. ausführen. Trotzdem nehmen kommunistische Verbandsmitglieder Stellung gegen die Schule im Sinne und im Interesse der KPD. und durchbrechen damit selbst bei Schulfragen die Neutralität. Hierfür ein Beispiel:

Die Zahlstelle Bremen hatte am 26. August ihre Generalversammlung. Es war unter anderem auch zu entscheiden über einen vorliegenden Antrag, der Verbandschule in Wennigsen 300 Mark aus der Lokalkasse zu überweisen. Der Führer der kommunistischen „Fraktion“, der Kollege Raschen, wies in einer längeren Rede nach, daß auf der Verbandschule im revolutionären Sinne gelehrt würde. Deshalb lehnen er und seine Kollegen (d. h. also die politisch bei der KPD. stehenden Delegierten) Geldzuweisungen an die Verbandschule ab. Geschlossen stimmte dann die „Fraktion Raschen“ gegen den vorliegenden Antrag, der allerdings angenommen wurde gegen die Stimmen der KPD-Mitglieder. Der Standpunkt dieser Verbandsmitglieder war so lediglich diktiert vom Interesse der kommunistischen Partei. Solche Tätigkeit im Verbande nennen Raschen und seine Anhänger „praktische Gewerkschaftsarbeit“.

Weshalb? Wer ist schuld am Altmorschen K. A. -Angriff? In der Nr. 29 des „Proletarier“ wurde die K. A. -Angelegenheit behandelt. Raschen ließ die Justizpressestelle nur der Unvorsichtigkeit habe das Ermittlungsverfahren eingestellt, da er erwartet hätte, daß das Landgericht nur auf die zu geringe Beteiligung des Kessels mit Wasser zurückzuführen ist und dafür allein der verantwortliche Heizer verantwortlich war.

Als Angekl. des in den ersten Instanzen auf dem Gipswerk der Firma George sechs Arbeiterinnen forderte, hat weit über die Grenzen Altmorschens großes Mitleid ausgelöst. Die Feststellung der Staatsanwaltschaft bringt die Arbeiterschaft rein menschlich dazu, den letzten Heizer, dessen Brand für immer geschlossen ist, zu schützen. Bei Feststellung der Schuldfrage kommt die Arbeiterschaft zu dem Schluß, daß die unerhörte Ausbeutung der Arbeiter in diesem Betriebe das Unglück heraufbeschworen habe. 60. 70. 80 Stunden wöchentliche Arbeitszeit sind an der Tagesordnung. Was Herr George die Richtungsmeinung der

Gewerbeaufsichtsbehörde zur Verlängerung der Arbeitszeit über 48 Stunden? Arbeitszeitgesetz sowie die Jugendbeschäftigungsbestimmungen erfüllen nicht für diesen Betrieb. 18 bis 24 Stunden täglich haben jugendliche Arbeiter arbeiten müssen.

Die Bedienung der Anlagen war dem Heizer allein überlassen, obwohl er sehr oft das Feuerungsmaterial vom Bahnhof holen mußte, während das Kesselhaus unbeaufsichtigt blieb.

Nebenbei bemerkt, erhielt der Heizer für seine Missetat-Arbeit die stündliche Entlohnung von 45 Pf. pro Stunde.

Eine Frage wäre zu stellen: Welche Beweise liegen vor für die Behauptung, im Kessel sei zu wenig Wasser gewesen? Auf Grund welchen Befundes konnte das nach der Explosion festgestellt werden?

Hat die Staatsanwaltschaft festgestellt, wer dem Heizer Arbeiten angewiesen hat, die ihn vom Kessel fernhielten?

Bei dieser Gelegenheit sei auch bemerkt, daß die Zahl der Explosionsopfer nicht so groß gewesen wäre, wenn den Arbeitern ein Speiseraum zur Verfügung gestanden hätte. Die Schreinerwerkstätte war der Arbeiterschaft zum Aufenthalt verboten. So war eben der Kesselraum die Zufluchtsstätte. Das mußte der Besitzer Herr George, er unternahm aber nichts dagegen.

Die gewerkschaftliche Organisation ist dem Herrn verhaftet. Alle Mittel werden angewandt, um die Arbeiterschaft davon abzuhalten. Wer die Zustände bessern will, wird entlassen. Das hat die

Milderung der Klassengegenätze.

Beschränkung des Erbrechts, Ausgleich und Hebung der Volkserziehung sprengen den Abschluß der Wirtschaftsklassen und vernichten die erbliche Knechtschaft des untersten Standes. Im gleichen Sinne wirkt die Beschränkung luxuriösen Verbrauchs, indem sie die Weltarbeit auf die Erzeugung notwendiger Güter verweist und den Wert dieser Güter, gemessen am Arbeitsertrag, ermäßigt.

Walter Rathenau in: „Von kommenden Dingen“ S. 130/31.

Arbeiterschaft erst in diesen Tagen zu erfahren bekommen. Das Unglück hat die Arbeiterschaft in die Organisation getrieben. Anstatt acht Tage organisiert, wird 10 Arbeitern und Arbeiterinnen gekündigt, angeblich wegen Abnahmangel, dabei verlangt man von den Bekündigten und der übrigen Arbeiterschaft eine 60tägige und längere Arbeitszeit pro Woche. Eine Lohnforderung der Arbeiterschaft bei einem Höchststundenlohn von 53 Pf. pro Stunde lehnt man ab.

Der Arbeiterschaft vom Gips- und Marmorwerk Altmorschen rufen wir zu: Bleibt beharrlich in euerem Ziele, kämpft weiter im Fabrikarbeiterverband, eurer Schutzorganisation, für bessere Lebens- und Arbeitsverhältnisse.

Frankfurt a. M. Am 1. Oktober dieses Jahres schied unser langjähriger Angestellter Michael Fischer aus den Diensten der Zahlstelle und trat in den wohlverdienten Ruhestand. Über 22 Jahre hat der Genannte als Angestellter der Zahlstelle seine Dienste zur Verfügung gestellt. Welche Fülle von Arbeit in dieser langen Zeit geleistet wurde, kann nur derjenige ermessen, der all die Schwierigkeiten kennt, die im Kampfe gegen das Kapital und gegen die Gleichgültigkeit der Massen zutage treten. Der Kollege Fischer hat es verstanden, der Zahlstelle in jeder Hinsicht Achtung zu verschaffen. Im Frühjahr 1906 wurde er als Bevollmächtigter angestellt. Das Arbeitsfeld war damals sehr schwer zu bedauern. Die Chemie-Herren haben mit allen Mitteln versucht, der Organisation den Eingang in ihre Betriebe zu verwehren. Ähnlich lag es in anderen Industriezweigen. Wenn es trotzdem gelang, die Zahlstelle in den Jahren 1906 bis 1914 weiter auszubauen, so ist es der eifrigen Arbeit des Kollegen Fischer in erster Linie zu verdanken. Sehr schwer war es während des Weltkrieges für ihn. Die Mitgliedschaft war sehr zusammengebrochen. Aber das hielt ihn nicht ab, seine Pflicht zu tun, und noch heute sind die Früchte seiner Arbeit während des Krieges zu spüren. Unter den schwierigsten Verhältnissen hat er immer wieder versucht, an die Kollegen der Chemischen Industrie heranzukommen. Besonders nahm er sich der in diesen Betrieben zwangsweise beschäftigten Polen und anderer Ausländer an. Mehr als einmal gelang es ihm, photographische Aufnahmen von den Körpern der mißhandelten Kollegen zu machen und mit diesen Beweisen für die Unterlassung derartig grausamer Strafmethoden zu sorgen. Auch ein Stück Kriegserinnerung. Die Veranlasser der Prügelstrafen sitzen zum Teil heute noch auf bezahlten Posten in den I.-G.-Werken und mimen die sozialen Vertreter der Arbeitgeber.

In der Nachkriegszeit ist die Zahlstelle wie überall angewachsen, so daß dem Kollegen Fischer einige Arbeitskräfte zur Seite gestellt wurden. Nicht immer waren es die richtigen Leute am Platze, worunter er besonders litt. Aber er hat seinen stolzen Sinn dabei nicht verloren und in aller Frische seinen Dienst bis zum 1. Oktober 1928 versehen. Wir sagen ihm an dieser Stelle Dank für seine pflichttreue Arbeit und wünschen, daß er noch lange Jahre im Kreise seiner Angehörigen verleben kann.

Köln. Am 22. September feierte die Zahlstelle ihr 20. Stiftungsfest. Gemeinleiter Weichenhütter hielt die Festrede.

Als der Schreiber dieser Zeilen im Jahre 1908 den Versuch machte, in Köln eine Zahlstelle zu gründen, ließ er auf außerordentliche Schwierigkeiten, weniger bei den Arbeitern, als bei den Freunden in der eigenen Arbeiterbewegung. Einzelne Genossen von anderen Gewerkschaften glaubten, daß ihnen eine unliebsame Konkurrenz entstehen könnte. Eine Zahlstelle im Leben zu rufen gelang trotzdem, wenn auch nach großer Mühe.

Die Kollegen Freitag, Peters und Nieß übernahmen die Verwaltung unserer Zahlstelle. Die drei Genannten gehören auch heute noch der Verwaltung an. Kollege Freitag als erster Bevollmächtigter, Kollege Nieß als Kassierer und Kollege Peters als Schriftführer.

Die Entwicklung der Zahlstelle ging langsam, aber um so sicherer vorwärts. Es war kein anfloderndes Feuer bei der Grundsteinlegung, sondern ein beständiges.

Schon in wenigen Jahren konnten wir in der Zahlstelle Köln Lohnbewegungen erfolgreich durchführen. In der Keramischen Industrie (Deringer & Co., Kunstseidenfabrik; Ziegelei Köppler, Papendorf bei Köln; Margarinefabrik Hoyer & Co., Köln; Chemische Fabriken Mehlbach & Co. und Dr. Witte), in den Wäschereien und nicht zu vergessen in der Zuckerfabrik Köln. Den „größten“ Streik führten wir vor dem Kriege bei der Firma Mehlbach & Co., wo durchschnittlich sechs Kollegen beschäftigt waren. Der Streik wurde nach wenigen Tagen gewonnen. Mit der Zuckerfabrik kam der erste Tarifvertrag zustande. Das war der erste Vertrag für die rübenverarbeitende Zuckerindustrie in ganz Norddeutschland und darüber hinaus. Die Arbeiter hatten vor dem Kriege bereits einen Stundenlohn von 38 Pfennig bei 10stündiger Arbeitszeit, während in den andern Fabriken ein Stundenlohn von 25 bis 28 Pfennig bei 11stündiger Arbeitszeit gezahlt wurde.

Das waren moralische und materielle Vorteile, die wir für die Arbeiterschaft durchsetzen konnten, trotzdem die Zahlstelle in der Vorkriegszeit nicht mehr als 150 bis 200 Mitglieder zählte.

Allen Kollegen, die damals keine freie Stunde und keinen freien Sonntag scheuten, für unsern Verband mitzuarbeiten, sprechen wir hier unsern aufrichtigsten und herzlichsten Dank aus.

Dann kam der Krieg. Es schien, als wenn unsere Zahlstelle Köln in die Brüche gehen sollte, weil keiner der zurückbleibenden Kollegen es wagte, an die Stelle jener zu treten, die zum Militär eingezogen wurden. — Vor einigen Monaten sprach der Genosse Hilferding von dem kleinen unscheinbaren Metallarbeiter Geveiling und hob ihn hervor. — Auch hier können wir sagen, als alle Männer versagten, sprang die kleine unscheinbare Frau des Kollegen Freitag ein und ergriff das Steuer der Organisation. Sie war nun für die ganze Kriegszeit 1. und 2. Bevollmächtigter und kassierte auch die Beiträge ein, was sie heute zum Teil noch tut. Der Frau des Kollegen Freitag gebührt unser aufrichtigster Dank. Ich wünsche, wir hätten in den einzelnen Orten mehr Frauen mit solchem Eifer und mit solcher Liebe zur Sache, dann müde es um die Arbeiterbewegung in mancher Beziehung besser stehen. — Diese Frau mußte sich in der Kriegszeit mancherlei Unannehmlichkeiten gefallen lassen. So bekam sie von einem ganz gemeinen Patron, der mehr Unterstützung haben wollte, als ihm zufand, eine Ohrfeige in der eigenen Wohnung, weil sie es ablehnte, ihm mehr auszus zahlen. Trotzdem ließ Frau Freitag den Mut nicht sinken, sondern behielt das Steuer der Zahlstelle fest in der Hand.

Als der Krieg beendet war, übernahmen die Kollegen Freitag, Peters und Nieß wieder die Verwaltung, und jenen ist es in der Hauptsache zu verdanken, daß die Zahlstelle erstens den kommunistischen Antrieben nicht unterlegen ist und zweitens, daß die Mitgliederzahl nach der Inflation nicht zurückging, wie es in anderen Orten der Fall war, trotzdem in Köln ein großer Teil der Industrie verloren ging, woran wir interessiert waren.

Die Zahlstelle ist heute stabil und nimmt ihren ruhigen Aufstieg, wie es in der Arbeiterbewegung sein soll.

Wir hoffen, daß sich für diese drei Kollegen, die an der Spitze der Zahlstelle stehen und die doch einer nach dem anderen früher oder später ausscheiden müssen, ebenso glänzende Nachfolger für den Gedanken der Organisation wie für unsere Zahlstelle finden. Dann können wir, wenn das 25. Stiftungsfest gefeiert wird, sagen: Der gewerkschaftliche Gedanke ist in Köln fest verankert, davon legt die Entwicklung der Zahlstelle Zeugnis ab.

Jene Kollegen, die bei jedem Anlaß ihren Posten niederlegen und eventuell sogar aus der Organisation ausscheiden, sollten sich an den genannten Kollegen und an unserer mütigen Zahlstellenleiterin in schwerer Zeit ein Beispiel nehmen. R. W.

Kundschau.

Severing streicht die Technische Nothilfe aus dem Etat.

Der Reichsminister des Innern hat dem Leiter der Technischen Nothilfe unter dem 1. Oktober mitteilen lassen, daß die bisher zur Verfügung gestellten Reichsmittel vom 1. April 1929 an nicht mehr ausgezahlt werden. Von diesem Termin an werden lediglich noch Mittel zur Abwicklung der Lenos bereitgestellt. Severing hatte bereits auf dem Gewerkschaftskongress in Hamburg seine jetzt zur Tatsache gewordene Absicht mitgeteilt.

Die Tagung der antigewerkschaftlichen Betriebsräte.

auf die wir schon in Nr. 24 des „Proletarier“ hinwiesen, hat nun vom 16. bis 19. September in Berlin stattgefunden. Da wurde beschlossen, „für die Einführung einer gesunden Leistungsentlohnung“ einzutreten. Die Unternehmer werden lachen, denn sie wissen, daß die Werkvereiner überwiegend minderwertige Arbeitskräfte sind. Andersfalls hätten sie ja keine Ursache, gelb zu sein. Gewerkschaftstarife sollen beseitigt werden. Vor solcher Einsicht bekommt man ordentlich Respekt. Auch die Demokratisierung der Wirtschaft lehnen diese sonderbaren Arbeiter ab. Weil sie nichts zu sagen haben, sollen auch andere nichts zu melden haben. Es wurde dann beschlossen:

Die Demokratisierung der Wirtschaft, wie sie z. B. die Sozialdemokratie herbeiführt, bedeutet weiter nichts als Demokratisierung der breiten Volksschichten, Gefinnungsknebel, Einschränkung der persönlichen Freiheit und Beraubung der Staatsbürgerrechte.

Demoralisierung durch gelbe Verbände wird es in der demokratisierten Wirtschaft nicht mehr geben. Die persönliche Freiheit und die Staatsbürgerrechte dürfen dann von den Unternehmern nicht mehr angefaßt werden, wie es heute geschieht durch Schaffung von Werkvereinen. Also freut euch, ihr Werkvereiner, auch ihr werdet durch die Sozialdemokratie zur Freiheit kommen; ihr müßt dann allerdings die Freiheit erst ertragen lernen, denn darin habt ihr ja keine Übung!

Verbandsnachrichten.

Hermann Maier gesucht!

Das Mitglied Hermann Maier, geb. 25. 8. 03 zu Mühlacker (Württemberg), Kartennummer 622 211, zuletzt beschäftigt bei der Ziegelei Knecht in Juffenhausen, ist unter Mitnahme von 62,40 Mk. einkassierter Beiträge verschwunden.

Entsprechende Mitteilung beim Auftauchen in einer anderen Zahlstelle ist zu geben an unsere Verwaltungsstelle Stuttgart, Eßlinger Straße 19.

Bezirkszahlstelle Köln.

Als Geschäftsführer wurde der Kollege Franz Bombacher aus Utschaffenburg gewählt. Den übrigen Gewerbern besten Dank. Gau 4. R. Weichenhütter.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Kampf zwischen J.-G. Farben und Mont-Cenis.

Bekanntlich errichtet die Gewerkschaft Mont Cenis in Verbindung mit der Preussag eine Stickstoffdüngersfabrik. Die J.-G. Farbenindustrie hat gegen die Durchführung des Mont-Cenis-Verfahrens Klage wegen Patentverletzung eingereicht. Jetzt wird bekannt, daß die J.-G. Farbenindustrie die eingeleiteten Klagen zum Teil zurückgezogen und zum Teil abgeändert hat. Der aufrechterhaltene Teil der Klage begründet nur noch Erfahensprüche der J.-G. Farbenindustrie, die aus dem der Durchführung des Mont-Cenis-Verfahrens während der Gültigkeitsdauer der Patente erlittenen Schaden abgeleitet werden.

Thomasmehl als Düngemittel wird knapp.

In neuerer Zeit wird bei Verhüttung von Eisenerzen Thomasschlacke zugeföhrt. Nach Zeitungberichten ist man stellenweise schon dazu übergegangen, die Thomasschlacke dem Hochofen reiflos wieder zuzuföhren, statt sie zu Thomasmehl zu vermahlen. Der Schlackenzusatz wirkt sich bei der Verhüttung außerordentlich günstig aus. Da angeblich der Preis des Thomasmehls das Vermahlen der Schlacke nicht mehr lohnte, ist die Herstellung von Thomasmehl in einigen Hüttenwerken als unrentabel eingestellt worden. Diese Nachricht paßt schlecht zu den in letzter Zeit wiederholt vorgenommenen Preiserhöhungen für Thomasmehl.

Die Nachricht hat aber eine noch ernstere Seite. Die deutsche Landwirtschaft deckte bisher ihren Phosphorsäurebedarf in Düngungsmitteln vorwiegend aus Thomasschlacke. Eine Knappheit von Thomasschlacke trat schon seit Jahren in Erscheinung. Durch das neue Verfahren der Hüttenindustrie wird der Landwirtschaft ein unentbehrliches Düngemittel entzogen, wodurch die deutsche Volksernährung verschlechtert wird. Die deutsche Superphosphat-Düngerindustrie wird kaum in der Lage sein, den Ausfall an phosphorsäuren Düngemitteln decken zu können. Vollständiger Ersatz für den Ausfall ist nur von der J.-G. Farbenindustrie zu erwarten. Diese Gesellschaft stellt bekanntlich wasserlösliche Phosphorsäure für Düngezwecke im elektrolitischen Verfahren her. Die Betriebe sind ausdehnungsfähig. Leider dienen auch in diesem Falle, wie bei der Superphosphatindustrie, ausländische Phosphate als Rohstoff. Bei Einfuhr der durch Ausfall des Thomasmehls notwendigen Phosphatmengen wird die deutsche Handelsbilanz wieder mehr nach der passiven Seite hin belastet.

Fabrikgeheimnisse der Zelluloidindustrie.

Die Zelluloidwarenindustrie klagt seit langem über schlechten Geschäftsgang und drückende Konkurrenz. In der 'Celluloid-Industrie', einer Abteilung der 'Gummi-Zeitung', ist die Notlage der Zelluloidindustrie schon wiederholt besprochen und sind Vorschläge zur Besserung gemacht worden. Diese Vorschläge scheiterten aber an der Uneinigkeit und Geheimniskrämerie der Zelluloidwaren-Industriellen. Jeder kleinste Fabrikant glaubt über sein Verfahren Verschwiegenheit bewahren zu müssen. Dabei gibt es in der Zelluloidwarenindustrie überhaupt nichts zu verschweigen. Die 'Celluloid-Industrie' vom 28. September nimmt zu diesen Fragen Stellung und kommt zu dem Ergebnis, daß die Arbeitsmethoden der Zelluloidindustrie aus anderen Industrien entnommen und allgemein bekannt sind. Wenn auch Zelluloid anders behandelt werden muß wie Holz und Bein, so kann die Bearbeitung durch Drehen, Hobeln und Fräsen nicht als Geheimnis bezeichnet werden.

Es dürfte kaum einen Fachmann geben, der bezüglich des Pressens des Zelluloids etwas Neues hieken könnte. Auch die Bläserlei, die in drei Arten unterschieden ist, und zwar durch Dampf, durch Luft und durch Ammoniaksalze, ist allen Fachleuten bekannt. Die Zelluloidbläserlei wird soviel angewendet, daß jeder Arbeiter die nötigen Aufschlüsse darüber geben kann, folglich ein Geheimnis nicht vorliegt. Ebenso verhält es sich mit dem Biegen, Aufweiten, Ziehen usw.

Die für die Zelluloidwarenfabrikation benötigten Formen und ihre Herstellung sind allgemein bekannt. Sie werden von den Fabriken in einwandfreier Weise jedem Interessenten geliefert, so daß auch hier Geheimnisse nicht bestehen. In allen Betrieben vorkommende Arbeitsspezialitäten ergeben sich aus der Art der Waren und können als Geheimnisse nicht angesprochen werden. Nicht auf dem Wege der Geheimniskrämerie, sondern durch weitgehenden Austausch der Erfahrungen ist der Zelluloidwarenindustrie zu helfen. Auch einer eingehenden Ausbildung der Fabrikanten, Meister und Facharbeiter wird das Wort geredet.

Mit letzterem sind wir vollständig einverstanden. Auch der vorgeschlagene Weg zum Ziel scheint uns gangbar. Wir bezweifeln aber, daß die Zelluloidwaren-Fabrikanten diesen Weg beschreiten werden, denn die bisherigen Erfahrungen mit der Zelluloidwarenindustrie geben Hoffnungen auf diesem Gebiete keinen Raum. Allheilsmittel sind aber auch die Vorschläge auf bessere Ausbildung usw. nicht. Es liegt im Zuge der Zeit, daß Zwergebetriebe sich gegenüber der Großindustrie dauernd nicht behaupten können. Gerade in der Zelluloidwarenindustrie stehen Groß- und Kleinbetriebe schroff nebeneinander. Die Großbetriebe, die zugleich als Zelluloidhersteller in Frage kommen, sind schon als Rohstofflieferanten den kleinen Warenherstellern weit überlegen. Die Menge der hergestellten Zelluloidwaren in den wenigen Großbetrieben dürfte aber bereits die Menge der Waren

aller Kleinbetriebe bedeutend übersteigen. Daß unter diesen Umständen die Kleinbetriebe einen verzweifeltsten Kampf um ihre Existenz führen, ist verständlich. Die vorgeschlagenen Maßnahmen können einem Teil der Kleinbetriebe vorübergehend die Existenz erleichtern. Das Endergebnis wird sein, daß die Großen die Kleinen fressen. G. Haupt.

Aus der Lithoponeindustrie.

Wir berichteten in Nr. 36 des 'Proletariats' unter der Überschrift 'Stillelegungen wegen verfehlter Wirtschaftsführung', und in Nr. 38 unter der Überschrift 'Stillelegungen in der Lithoponeindustrie' über Schließung und Abbruch von Lithoponefabriken. In der letzten Notiz erwähnten wir, daß nach Angaben in der 'Farbenzeitung' die Nachfrage nach Lithopon an und für sich nicht schlecht ist.

In der 'Chemiker-Zeitung' vom 26. September lesen wir, daß die gesamte Ausfuhr vor dem Kriege in der Lithoponeindustrie etwa 17 000 Tonnen betrug und im Jahre 1927 auf etwa 24 000 Tonnen gestiegen ist. Das ist eine Steigerung von 41 Prozent. Der Inlandmarkt ist für Lithopone heute mindestens so aufnahmefähig wie vor dem Kriege. Wenn trotzdem Stillelegungen in weitem Ausmaß erfolgten, ist das der Beweis dafür, daß die Produktionsverhältnisse wesentlich verbessert sind. Die Kosten dieser Verbesserung, der sogenannten Rationalisierung, hat die Arbeiterschaft zu tragen, wie es in diesem Falle außerordentlich scharf in die Erscheinung tritt.

Intererernährung, Degeneration.

Hungersterben kann in einem doppelten Sinne genommen werden. Ja, so im Augenblick hinfallen, tot sein im Moment vor Hunger — das geschieht sehr selten; aber wenn man fortwährend eine größere Verausgabung von Kräften vornimmt, als man infolge zu schlechter Lebensmittel und einer zu schlechten Lebensweise überhaupt ersetzen kann, wenn also die Ausgabe von Kräften beständig die Einnahme übersteigt, so stirbt man auch Hungers im Laufe der Zeit. . . . Nur daß dieses Hungersterben dann gerade so lange dauert, daß man vollauf Zeit hat, Kinder in die Welt zu setzen. So vermehrt sich die Bevölkerung und die Arbeiterklasse, und der Prozeß des Hungersterbens ist demnach ein permanenter. Laßalle.

Tödlicher Unglücksfall auf der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff-A.-G. in Troisdorf.

Der Lader Johann Schwarz trug am 28. September in einem dafür hergerichteten Träger eine Dose Sprengstoff (Amalquack Silber) zur Weiterverarbeitung in die Ladefuhre. Ein anderer Arbeiter hat ihn auf dem Wege überholt und hierbei vielleicht gestreift. Dem Arbeiter Schwarz fiel der Sprengstoff zu Boden und explodierte. Schwarz wurde sofort getötet, während der andere Arbeiter Hans Hildebrandt schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht wurde und drei Stunden später seinen Verletzungen erlegen ist. In Akkord wurde nicht gearbeitet. Schwarz ist verheiratet und hinterläßt vier Kinder.

Nach unseren Informationen bei der Berufsgenossenschaft und beim Arbeiterrat des Werkes, hat die Direktion den gesetzlichen Sicherheitsbestimmungen in vollem Maße Rechnung getragen.

Dieser Unglücksfall beweist, daß bei der gefährlichen Arbeit in der Sprengstoffindustrie jede Überhaltung mit besonderen Gefahren für die Arbeiter verbunden ist und die Akkord- und Prämienarbeit gänzlich ausgeschlossen werden muß. Ferner zeigt uns dieser Fall zur Genüge, daß die Art der Arbeit auch einer besonderen Entlohnung bedarf, da das Leben und die Gesundheit dieser Arbeiter innerhalb des Betriebes jede Minute gefährdet ist. P. Hertwig.

Neue Kunstseidenindustrie in Danzig.

Die unter dieser Überschrift in der Nr. 40 des 'Proletariats' erschienene Notiz enthält im ersten Absatz einen Fehler. Es heißt dort, die Firma Borwick verfüge über ein Gesamtkapital von 12 Millionen Gulden oder 97½ Millionen Mark. Es muß selbstverständlich heißen 9,75 Millionen Mark, also 9¼ Millionen.

Papier-Industrie

Papierarbeiter nach Ungarn gesucht.

Ungarn, das Land des weißen Terrors, die Schanzheimer der Rathenau-Mörder und anderer politischer Verbrecher, ist der deutschen Arbeiterschaft als abschreckendes Beispiel hinreichend bekannt, um so mehr, als nicht nur die Angehörigen der kommunistischen, sondern auch der sozialistischen Arbeiterbewegung, ja sogar die Gewerkschaften rücksichtslos unterdrückt und deren Mitglieder verfolgt werden.

In diesem Mutterlande der Reaktion, des Faschismus, in diesem Traumlande auch aller deutschen Reaktionäre, errichtet die Papierfabrik Steyerwühl in Oberösterreich eine neue Papierfabrik in Fuzs am Plattensee. Anscheinend kann diese österreichische Papierfabrik in ihrem engeren Heimatlande keine Papierarbeiter für Ungarn erhalten oder das gute Organisationsverhältnis der österreichischen Papierarbeiterschaft hält sie davon ab, den eigenen Landsleuten Arbeitsangebote nach Ungarn zu machen. Aus diesem Grunde sucht die Firma in Deutschland Facharbeiter der Papierfabrikation. Aus einem verhältnismäßig kleinen Zahlstellenbezirk unseres Verbandes erhalten wir die Mitteilung, daß an die dortigen Papierarbeiter bereits sechs Angebote der Papierfabrik Steyerwühl vorliegen, in denen versucht wird, deutsche

Facharbeiter nach Ungarn zu exportieren. In den Briefen der Firma, die diese an deutsche Papierarbeiter richtet, heißt es unter anderem:

Es handelt sich um eine neu errichtete Papierfabrik in Fuzs am Plattensee in Ungarn. In der Umgebung der Fabrik sind einige Waldbestände und Hügel, sonst ist das Land flach, der Boden sehr fruchtbar, in einer Entfernung von circa 10 Kilometer befinden sich die bekannten Kurorte am Plattensee. Die Papiermaschine, ebenso die Nebenmaschinen sind neu und modernst eingerichtet. Es wird im 12stündigen Schichtbetrieb gearbeitet, wie dies z. B. in Ungarn üblich ist.

Es stehen gesunde freundliche Wohnungen in neuen Häusern zur Verfügung, und würden Sie, wenn ledig, ein Zimmer mit Bedienung erhalten, wenn verheiratet, eine Wohnküche samt einem Zimmer, bei größeren Familien noch ein Kabinett.

Die Entlohnung beträgt 0,70 Pengö pro Stunde und man kann rechnen, daß der Gegenwert im Durchschnitt aller Artikel für 1 Pengö in Österreich 1 Schilling und in Deutschland 1 RM. entspricht. Die Lebensmittel sind zwar bedeutend billiger, dagegen sind aber die Preise für Bekleidungsstücke in Ungarn etwas teurer, so daß sich vorgeannter Ausglei gibt.

Näher diesem Stundenlohn wird nach Ablauf einer Einführungszeit eine Prämie festgelegt, die ungefähr 15 bis 25 Pengö pro Monat erreicht und wahrscheinlich später auch noch erhöht werden kann.

Wohnung und Lichtstrom sind frei bzw. werden Ihnen die hierfür vorausgabten Kosten von der Fabrik zurückvergütet. Für 1 Raummeter Abfallholz sind 7 Pengö zu bezahlen.

Die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis wird garantiert. Die Übersiedlungskosten werden Ihnen von der Firma vorgestreckt und nach einjähriger Tätigkeit von dieser übernommen. Bei einem früheren Austritt gehen diese Spejen zu Ihren Lasten. Es ist uns erwünscht, daß Ihr Eintritt möglichst bald erfolge, der Betriebsbeginn der Maschine ist für Anfang Dezember zu erwarten und halten wir es für sehr vorteilhaft, wenn Sie bereits bei der Maschinen-Montage mitarbeiten können.

Nach Eingang Ihrer Rückantwort werden wir Ihnen zugleich mit unserer Depesche evtl. einen Anstellungsbrief im Sinne der oben angeführten Bedingungen zustellen.

So weit der hauptsächlichste Inhalt dieses Briefes. Aus den Angaben über die Arbeitszeit ergibt sich, daß die Arbeiterschaft in den ungarischen Papierfabriken täglich noch zwölf Stunden schuften muß. Wie uns privatim mitgeteilt wird, muß auch Sonntags in den Papierfabriken durchgearbeitet werden. Die geschilderten Wohnungsverhältnisse sind alles andere als hygienisch einwandfrei, so bald es sich um Arbeiterfamilien handelt. Aus der Entlohnung und der Preisschilderung ergibt sich, daß die Arbeiter in Ungarn keinen Pfifferling besser gestellt sind als in Deutschland. Wenn auch die Aufenthaltserlaubnis von der Firma erwirkt wird, so hat der Arbeiter damit noch lange keinen Schutz und keine Garantie, daß er für die Laufdauer der Bewilligung in Ungarn sowohl von den Behörden als auch von den Arbeitgebern unbelästigt bleibt. Die gewerkschaftlichen Organisationen in Ungarn sind zertrümmert. Von einer gewerkschaftlichen Vertretung der Papierarbeiter ist uns nichts mehr bekannt. Die Verfolgung aller politisch linksstehenden Personen zwingt den nach Ungarn ausgewanderten Papierarbeiter zum politischen und wirtschaftlichen Kuck, der das Maul halten und geduldig sich alle behördlichen und privaten Schikanen gefallen lassen muß. Da die Übersiedlungskosten von der Firma zwar nach einem Jahr getragen werden, bei früherem Austritt aber zu Lasten des Arbeiters gehen, wahrscheinlich bergestellt, daß ihm jede Woche ein Abzug vom Lohn für die Umzugskosten gemacht wird, so hat der Arbeiter auch gar keine Garantie, daß er von der Firma nicht vor Ablauf des Jahres auf die Straße gesetzt wird und dann die Umzugskosten selbst zu tragen hat.

Vorsichtigerweise verspricht die Firma den deutschen Arbeitern, wenn sie gewillt sind, nach Ungarn zu kommen, einen Anstellungsbrief, aber keinen Anstellungsvertrag. Soweit wir unterrichtet sind, sind alle Vereinbarungen über das Arbeitsverhältnis, die nicht in Ungarn selbst oder vor einem ungarischen Konsulat in Deutschland getroffen wurden, nach der ungarischen Gesetzgebung null und nichtig, d. h. also, der Arbeiter hat zwar schriftliche Versprechungen, aber keine klagbaren Rechte in der Tasche.

Wir vermuten nun, daß die Papierfabrik Steyerwühl auch in andere Bezirke der deutschen Papiererzeugungs-Industrie derartige Anstellungsbriefe versendet. Auf Grund der geschilderten Verhältnisse, die für den deutschen Papierarbeiter keine Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage in irgendwelcher Hinsicht, dagegen eine Verschlechterung in jeder Beziehung bedeuten, können wir die organisierten Papierarbeiter Deutschlands nur warnen, Arbeitsangebote nach Ungarn anzunehmen. Dagegen empfehlen wir denjenigen Arbeitskollegen, die auch heute noch für Monarchie und Unternehmerrückwärtschwarzen, von diesen Arbeitsangeboten Gebrauch zu machen, da sie in Ungarn ihr wirtschaftliches und politisches Ideal derartig ausgebildet vorfinden, daß es höchstens noch von dem italienischen Faschismus übertriffen werden kann. Selbe Werkvereiner und sonstige faschistische Heiden haben also die beste Gelegenheit, den Staub der deutschen Judenrepublik von den Füßen zu schütteln und sich in Ungarn heimisch zu machen. Die deutsche Wirtschaft und nicht zuletzt die deutsche organisierte Papierarbeiterschaft dürfte ihren Verlust kaum zu beklagen haben. G. Stähler.

Nahrungsmittel-Industrie

Die internationale Vereinigung der Zuckerindustrie.

Zu dieser Frage hatten wir in Nr. 5 des 'Proletariats' erstmalig Stellung genommen und mitgeteilt, daß unter einigen Ländern für die Zuckerindustrie eine Vereinbarung zustandekommen sei, wonach die Zuckerproduktion dem Verbrauch angepaßt werden sollte. Eine Preissteigerung beabsichtige diese Vereinigung nicht. Im Oktober d. J. sollte nun unter Beteiligung Kubas eine weitere Konferenz stattfinden, um für das kommende Jahr nähere Beschlüsse zu fassen. Aus der 'Deutschen Zuckerindustrie' Nr. 39 entnehmen wir nun, daß

diese Konferenz nicht stattfinden wird. Eine Zusammenkunft der an dieser Vereinbarung beteiligten europäischen Länder folgte folgenden Beschlus:

Die am 21. September in Berlin in den Räumen der Zuckerbank abgehaltene Konferenz von Vertretern der tschechoslowakischen, polnischen und deutschen Zuckerindustrie stimmte dem Vorschlag des Colonel Tarafa zu, die für Oktober festgesetzte internationale Zuckerkonferenz nicht abzuhalten. Sie ist der Ansicht, daß jede weitere Verhandlung zwecklos ist, solange die anderen wichtigen Zucker-Exportländer sich nicht zur Mitarbeit entschlossen haben.

Danach wäre der Versuch, eine Vereinigung verschiedener Länder für die Zuckerindustrie zu schaffen, vorläufig gescheitert. Wo sind die Ursachen hierfür zu suchen? Im Magazin der Wirtschaft Nr. 39 wird zu diesem Problem gleichfalls Stellung genommen. Nach längeren einleitenden Ausführungen heißt es:

Die diesjährige Einschränkung der kubanischen Zuckerproduktion wurde von Kuba selbst und von den europäischen Interessenten als eine ausreichende Maßnahme für den Preisanschlag angesehen; denn man erwartete, daß es ohne Schwierigkeiten möglich sein werde, durch Einschränkung des kubanischen Exports nach den Vereinigten Staaten auf 3,5 Millionen Tonnen die kubanische Zuckerindustrie in den Genuß der Vorteile des ihr eingeräumten amerikanischen Vorzugszoll zu setzen. Diese Hoffnung hat getrogen. Tatsächlich hat Kuba schon zu Jahresbeginn das amerikanische Kontingent statt auf 3,5 Millionen Tonnen auf 3,3 Millionen Tonnen festgesetzt und bald darauf die dadurch erübrigten 200 000 Tonnen auf dem europäischen Markt untergebracht. Im Juli wurde das amerikanische Kontingent um weitere 300 000 Tonnen gekürzt, die ebenfalls an eine englische Zuckerraffinerie verkauft wurden. Gegenwärtig spricht man von einer weiteren Kürzung des Kontingents um 100 000 Tonnen. So erscheinen auf dem europäischen Markt große Zuckermengen, mit denen man bei Abschluß der Restriktionsverträge nicht gerechnet hatte. Die erhoffte Steigerung der Zuckerpreise blieb daher aus. Während auf diese Weise die kubanische Zuckerindustrie erfolglos ihre Produktion vermindert hatte, haben andere Rohrzuckerländer ihre Produktion gesteigert. Dies gilt in erster Linie von Java, dessen Erzeugung offensichtlich nicht mehr weit von 8 Millionen Tonnen entfernt ist; es gilt aber auch von allen anderen Rohrzuckerländern und ist nicht zuletzt ein Ergebnis der gewaltigen Fortschritte, die bei der Züchtung ertragsreicher Zuckersorten gemacht wurden.

Nach dieser Meinungsäußerung hat also die Einschränkung Kubas den gewünschten Erfolg nicht gehabt. Andere Rohrzuckerländer, die nicht mit bei der Partie waren, haben Kuba vom amerikanischen Markt zum Teil verdrängt, Kuba mußte seine restlichen Mengen in Europa absetzen. Das Magazin zieht daraus den Schluß, daß die erhoffte Steigerung der Zuckerpreise nicht eingetreten sei. Bei Schaffung der Vereinbarung zwischen Kuba und einigen europäischen Staaten wurde aber immer wieder betont, daß die Vereinbarung nicht den Zweck verfolge, die Zuckerpreise zu erhöhen. Es scheint demnach, daß wir recht hatten, als wir schrieben, daß interessierte Kreise doch mit einer Preissteigerung rechnen. Da diese nun nicht eingetreten ist, erlahmt das Interesse.

In der eingangs genannten Nummer der Deutschen Zuckerindustrie finden wir nun eine Mitteilung aus ausländischen Blättern folgenden Inhalts:

Die kubanische Regierung hat, wie aus Havana gemeldet wird, in diesen Tagen Einladungen zur Teilnahme an einer internationalen Konferenz erteilt, die im kommenden Januar in Havana stattfinden wird. Auf dieser Konferenz sollen erneut Projekte zur Beschränkung der Zuckererzeugung behandelt werden, vor allem im Hinblick auf die im letzten Jahre so wesentlich veränderte Weltzuckermarktlage.

Die Deutsche Zuckerindustrie meint, diese Mitteilung sei mit Vorsicht aufzunehmen. In interessierten Kreisen wisse man von dieser Einladung noch nichts. Es ist möglich, daß man an den Stellen, die es eigentlich wissen müßten, noch nichts weiß. Detaristische Situationen hat es schon öfter gegeben, und man stand nachher vor fertigen Lauffassen. Es ist anzunehmen, daß Kuba seine Bestrebungen, zu einer internationalen Zuckervereinigung zu kommen, auf den ersten Hieb nicht aufgibt. Alle diese Erörterungen zeigen aber, daß der Zucker seit längerer Zeit im Mittelpunkt des Interesses weiter wirtschaftlicher Kreise steht. Auch in Genf hat man sich ja mit dem Zuckerproblem beschäftigt. Es ist auch das Problem einer neuen Zuckerkonvention aufgetaucht. Wir meinen, daß die Regierungen aller Länder alle Ursache haben, sich um die Dinge etwas mehr zu kümmern.

Der Zucker ist ein sehr wichtiges Nahrungsmittel, und es wäre nur zu wünschen, daß der Zuckerabsatz noch bedeutend gesteigert würde. Das kann aber nicht durch internationale Vereinigungen geschehen, die schließlich doch den Zweck haben, die Preise zu erhöhen, sondern nur durch eine internationale Verständigung auf öffentlich-rechtlicher Grundlage. Heute hält jedes Zucker erzeugende Land durch hohe Schutzollmauern die Zuckereinfuhr fern, um im Lande einen möglichst hohen Preis zu erzielen. Auf Kosten des Inlandsabfahes wird dann versucht, die Zollmauern der anderen Länder zu durchbrechen. Die Einfuhr geschieht also auf Kosten der Inlandspreise. Mit einem derartigen Zustand kann man den Inlandsabfah nicht haben. Nach dem Magazin der Wirtschaft hat z. B. die Zuckerindustrie der Tschechoslowakei im Lande eine Preissteigerung um rund 7,5 Pf. je Kilogramm vorgenommen. Sie erhofft hierdurch etwa eine Mehreinnahme von 35 Millionen Reichsmark. ... an Einbeziehung des Exports dienen soll. Man will also auf Kosten der inländischen Verbraucher die Zuckerindustrie in die Lage versetzen, Zucker anzuführen. Wäre es da nicht richtiger, daß man durch wässrige Preise den Inlandsabfah zu steigern versucht? Die Folge dieser Dumping-Ausfuhrbestrebungen werde sein, daß z. B. die deutsche Zuckerindustrie erneut die Forderung nach einem höheren Zuckersoll erheben wird. Die Preise werden auch bei uns dadurch künstlich hochgehalten oder gesteigert, und auch wir führen dann auf Kosten der deutschen Konsumenten Zucker nach dem Auslande aus. Das ist ein Zustand ähnlich dem vor der Brüsseler Konvention von 1902 und der im Interesse der Konsumenten dringend der Abhilfe bedarf.

Mer das Zustandekommen einer neuen Zuckerkonvention, wie wir sie früher mit verschiedenen Ländern hatten, ist man verschiedener Meinung. Die deutsche Zuckerindustrie steht ihr sehr feindselig gegenüber. Im Interesse der Konsumenten und auch im Interesse der Verbrauchersteigerung wäre sie aber sehr erwünscht. E. S.

Eine Konferenz der Funktionäre der Zuckerindustrie des Saues 13

Am 30. September 1928 im Restaurant „Karlshof“ zu Frankfurt a. M. Der Verhandlungsleiter Kollege Rühl (Frankfurt) besprach das Scheitern des Bezirkslohnabkommens für Süddeutschland, da die Zumutungen der Arbeitgeber unannehmbar waren. Die Folgen waren betriebliche Lohnverhandlungen. Das Gelingen der Hinauszugung der Lohnabschlüsse bis zur Kampagne und der Druck der Belegschaften bewirkten, daß Lohnverhandlungen bis zu 7 Pf. pro Stunde herausgeholt werden konnten. Mehr war unter den gegebenen Umständen nicht zu erreichen. Unser Ideal bleibt der Bezirksvertrag. Aber es muß der letzte Mann für den Verband gewonnen werden.

Die Aussprache zeugte von dem Ernst der Mitarbeit. Kollege Stahl (Darmstadt) beleuchtete die schwierige Arbeit des Lohnabschlusses für Gr.-Gerau und Umbreit. Kollege Behr (Worms) würdigte die Arbeit der Gauleitung und wünscht für die Zukunft ein einheitlicheres Vorgehen. Kollege Maus (Gr.-Gerau) unterzieht die Gewährung von Leistungszulagen einer Kritik und verlangt schärfere Ausübung der Betriebsrätebefugnisse während der Kampagne. Kollege Wilhelm Mund (Wiesbaden) schätzt den Wert der Stammarbeiterchaft und hofft, daß auch die Saisonarbeiter mehr als bisher die Organisation zu schätzen verstehen. Kollege Fries (Wernsheim) wünscht tätige Mitarbeit zur Agitation.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung, der Reichsarbeitsvertrag der Zuckerindustrie, teilte Kollege Rühl mit, daß nach einer Mitteilung der Süddeutschen Zucker-V.G. an unsere Zahlstelle Worms dieselbe dem abgeschlossenen Reichsarbeitsvertrag für Süddeutschland

Sünden der Gesellschaft.

Wenn ein einzelner einem anderen körperlichen Schaden tut, und zwar solchen Schaden, der dem Beschädigten den Tod zuzieht, so nennen wir das Totschlag; wenn der Täter im voraus wußte, daß der Schaden tödlich sein würde, so nennen wir seine Tat einen Mord. Wenn aber die Gesellschaft Hunderte von Proletariern in eine solche Lage versetzt, daß sie notwendig einem vorzeitigen, unnatürlichen Tode verfallen ... so ist das ebenfogut Mord wie die Tat des einzelnen, nur verfechter, heimtückischer Mord, ein Mord, gegen den sich niemand wehren kann, der kein Mord zu sein scheint, weil man den Mörder nicht sieht ... weil der Tod des Schlachtopfers wie ein natürlicher ausfieht. Friedrich Engels.

ablehne, da die süddeutschen Unternehmer nicht dem Arbeitgeberverband der rübenverarbeitenden Zuckerindustrie Deutschlands angehören. Da wir ein Interesse an einem einheitlichen Tarifgebilde haben, wurde seitens der Organisation die allgemeine Verbindlichkeitsklärung für ganz Deutschland beantragt. Die Anmeldung erfolgte durch den Hauptvorstand am 15. September 1928 beim Reichsarbeitsministerium. Hoffentlich fällt die Entscheidung dort bald und haben wir uns bis dahin jeder Resignation zu enthalten. In der Aussprache wurden Besprechungen laut, daß die Arbeitgeber darauf hinaus seien, eine Verschleppungsakt zu betreiben, und wurde die Gauleitung beauftragt, bei dem Hauptvorstand in Hannover eine Bescheinigung der Verbindlichkeitsklärung zu wünschen. Kollege Rühl schloß die Konferenz mit der Anregung, im kommenden Frühjahr ebenfalls eine Aussprache mit dem Funktionär der Zuckerindustrie herbeizuführen, damit die Schlagkraft weiterhin erhöht wird und die gemachten Erfahrungen zur Anwendung kommen. A. Behr.

Verschiedene Industrien

Spielwarenausfuhr im ersten Halbjahr 1928.

Die Ausfuhr von Kinderspielsachen und Christbaum schmuck hat im 1. Halbjahr 1928 im Vergleich zu derselben Zeitperiode 1927 folgende Entwicklung in den einzelnen Monaten genommen:

Monate:	1927		1928	
	Menge in Dtz.	Wert in 1000 RM.	Menge in Dtz.	Wert in 1000 RM.
Januar	20 381	4 426	21 042	4 891
Februar	14 691	3 473	18 955	4 361
März	19 950	4 647	21 831	5 591
April	22 567	5 587	23 043	5 153
Mai	23 793	7 283	32 463	8 699
Juni	34 415	8 513	40 475	9 894
	150 100	33 949	157 899	39 589

Die Spielwaren- und Christbaum schmuck-Industrie hat in der Zeitperiode Januar/Juni 1928 im Vergleich zur selben Zeitperiode 1927 ihre Ausfuhr in Menge und Wert um 5,2% bzw. um 17,7% erhöht. Die Ausfuhr hat sich um 17,7% Doppelzentner im Werte von 5 640 000 RM. erhöht.

Im Vergleich zum vorhergehenden Jahre zeigt uns die obstehende Statistik, daß die Exporterhöhung schon im Monat Januar d. J. im Vergleich zur selben Zeit 1927 Platz gegriffen hat. Das war früher nicht der Fall. Die monatlichen Exporterhöhungen setzten in früheren Jahren gewöhnlich erst im Mai und Juni ein, wenn die Aufträge der Leipziger Frühjahrsmesse zur Auslieferung gelangten.

Die Ausfuhrsteigerung hat auch im Monat Juli und August angehalten. Es ist daher zu erwarten, daß die Spielwaren-Industrie auch Ende des Jahres 1928 näher an die Ausfuhrziffern in Menge und Wert von 1913 herankommen werden. S. Effein.

Zahlstellenleiterkonferenz des Saues 12.

Am 15. und 16. September hielt der Gau 12 seine Gaukonferenz in Mannheim im Lokal „Großer Mayschhof“ ab. Erschienen waren 4 Delegierte, sowie der Kollege Rühl als Hauptvorstand und der Kollege Grünzel vom Keramischen Bund. Um 6 Uhr wurde die Tagung eröffnet. Der Mannheimer Sängerbund sang zwei feierliche Lieder vor. Die Kollegen Förthuber (Mannheim) und Schreiber (Ludwigsb.) wurden zu Vorsitzenden bestimmt.

Den Geschäftsbericht erstattete der Kollege Schreiber. Besonders betonte er die Schwierigkeiten, welche der Gau in seiner Vorwärtsentwicklung heute noch durch die Weisung hat. Bei einer Gegenüberstellung der Mitgliederzahlen von 1913 bis 1928 ergab sich auch in unserem Gau eine Vorwärtsentwicklung, aber gemessen an dem Stand von 1921 und 1922 könnten die heutigen Zahlen nicht befriedigen. Besonders sei die Zahl der weiblichen und jugendlichen Mitglieder ganz mangelhaft, und wüßte dieses in Zukunft bei der Agitation mehr beachtet werden.

In den Gebieten, in denen die Kommunisten eine gewisse Rolle gespielt haben, sind die Schwierigkeiten in der Mitgliederwerbung am größten. Als Beweis aus neuester Zeit wies Redner auf den bei der Firma Hutchinson (Mannheim) geführten Streik hin. Hier waren es wieder die Kommunisten, die der Verbandsleitung Verrat an dem Stand von 1921 und 1922 hätten die heutigen Zahlen nicht befriedigen. Besonders sei die Zahl der weiblichen und jugendlichen Mitglieder ganz mangelhaft, und wüßte dieses in Zukunft bei der Agitation mehr beachtet werden.

Erklärung.

Die Streikleitung des Streikes Gummi-Tabl. Hutchinson (Mannheim) beschäftigte sich in ihrer Sitzung vom 5. Juni 1928 mit den Artikeln der kommunistischen Zeitungen und stellte fest, daß alle Angriffe gegen die Gewerkschaften, besonders gegen den Fabrikarbeiterverband, unwahr sind. Im Interesse der Arbeiterbewegung gehen wir auf diese Artikel nicht näher ein.

P. Krämer, Karl Hoff, Johann Kern, Vinzenz Reith, Valentin Mattil, Martin Schreiber, Friedrich Rüdler, Margarete Schwelms.

Von den 8 Unterzeichnern gehören 6 der KPD an. Sie haben diese Erklärung freiwillig abgegeben.

Der Kollege Kern besprach die finanziellen Fragen. Wenn der Gau 12 in der Beitragsfrage an fünfter Stelle im Reichsgebiet stehe, so ist das noch kein Beweis reiflicher Erfüllung. Schlechter steht es mit der Beitragsleistung. Da ist sogar ein Rückgang vorhanden. Wir stehen an 15. Stelle. Der Redner zeigte Mittel und Wege, um Verbesserungen zu schaffen. Eine Organisation ist erst gesund, wenn nicht nur hohe Mitgliederzahlen vorhanden sind, sondern wenn auch die Beitragsleistung auf der Höhe ist.

In der sich anschließenden Diskussion wurden Wege zu gemeinsamer Arbeit aufgezeigt. Zu erwähnen sind hier die Ausführungen der Kollegen Lupp (Mannheim), welcher sich als Anhänger der KPD, entschieden gegen die Anschuldigungen der KPD-Presse in der Frage der Lohnbewegung und des Hutchinson-Streik wandte und der Verbandsleitung volle Anerkennung aussprach.

Hierauf erfolgte die Wahl des Verbandsbeiratsmitgliedes, gewählt wurden Koll. Derringer (Ludwigsb.) als Verbandsbeiratsmitglied und Koll. Förthuber (Mannheim) als Ersatzmann. Um 23 1/2 Uhr erfolgte Vertagung bis zum nächsten Morgen 9 Uhr.

Am Sonntagmorgen gab der Kollege Derringer (Ludwigsb.) den Verbandsberichtsbericht in 1 1/2 stündigen Ausführungen. In der Diskussion sprachen drei Kollegen und eine Kollegin in fast durchweg zustimmendem Sinne.

Der Bericht vom Gewerkschaftskongress gab der Kollege Schreiber. Redner erklärt die Tatsache, daß der Kongress von drei Ministern besucht wurde, sei ein Beweis der größeren Würdigung unserer Spitzenorganisation durch die Regierungskreise. Das wichtigste Referat war zweifellos das des Genossen Raphaeli über Wirtschaftsdemokratie. Hierin drückte sich der Wille der Arbeiterschaft nach neuer Wirtschaftsgestaltung aus. Die Delegierten sahen von einer Diskussion infolge völliger Ueber einstimmung mit der Tagesordnung des Kongresses ab.

Zum 7. Punkt der Tagesordnung sprach der Kollege Rühl vom Hauptvorstand über Finanzpolitik. Bis zum Kriege war der Grundlag unseres Verbandes: niedrige Beiträge, kleine Leistung! Dieser Begriff hat sich grundtätlich geändert, in der Einsicht, daß erhebliche finanzielle Mittel nötig sind, um die Bestrebungen der Arbeiterschaft, mehr und mehr Einfluß zu gewinnen, durchzuführen. Die Unterstützung zu Kampfwegen ist wesentlich gestiegen. Außerdem zwingt das bloße Vorhandensein von erheblichen Geldmitteln die Arbeitgeber, dem Kampf auszuweichen. Eines der wichtigsten Gebiete, die Arbeiterbildung, ist von allen Seiten als dringend notwendig anerkannt; hier erwachen den Gewerkschaften ganz neue Aufgaben. Dazu sind wieder im besonderen außerordentlich große Mittel dringend notwendig. Auch die Anlage der Gewerkschaftsgelder bedeutet ein Stück Klassenkampf, können doch mit diesen Mitteln wieder Organe geschaffen werden, die uns das Vorankommen der Bewegung wesentlich erleichtern. Jedem führenden Gewerkschafter ist ohne weiteres klar, daß eine jede Beitragserhöhung große Opfer von den Mitgliedern verlangt, aber durch die Erfolgsmöglichkeiten werden diese Opfer reichlich aufgewogen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß mit der Einführung höherer und neuer Unterstützungen die Mitgliederzahl gemindert ist. Der Verband braucht erhebliche Mittel zur Verbreitung seines umfangreichen Arbeitsgebietes zugunsten der Mitgliedschaft.

Am Schluß der Konferenz wies der Kollege Schreiber auf die am 7. Oktober stattfindende Arbeiterinnenkonferenz und die am 21. Oktober stattfindende Jugendkonferenz hin mit der Mahnung, beide Konferenzen zahlreich zu besuchen. Er schloß mit dem Wunsch, die nächstjährige Konferenz möge ein Bild noch stärkerer Geschlossenheit und Schlagkraft unseres Verbandes zeigen.

Erich Beyer (Eisenberg).

Literarisches.

Eine Festschrift zum 21. Oktober hat der Parteiverlag J. S. W. Dieck Nachf., Berlin, herausgebracht. Auf 16 Seiten hat der Genosse Kampfmeyer historische Denkwürdigkeiten in Wort und Schrift verewigt. Zahlreiche Abbildungen bekannter Dokumente und viele Bilder hervorragender Kämpfer der damaligen Zeit geben der Gedenknummer das Gepräge. Es wird die damals als „Geheimorganisation“ bestehende sozialdemokratische Bewegung geschildert. Die rote Flut steigt trotz Unterdrückung. Durch den 1890 errungenen Millionenwahlsieg wurde das so verhängnisvolle Gesetz zu Fall gebracht. Bebel hatte über Bismarck gesiegt. Es ist nur zu wünschen, daß diese eindrucksvolle Gedenkchrift vor allem unter der heranwachsenden Generation Verbreitung findet. (Zu beziehen durch die Parteibuchhandlung oder durch die Zeitungsauslegerinnen. Preis 25 Pfennig.)

Kommt die Eiszeit wieder? Über diese Frage gibt der erste Artikel des reich bebilderten Septembereftes der „Urania“, Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft von A. S. Francé, Aufklärung, dem als letzte Buchbeigabe des 4. Jahrgangs das ausgezeichnete Werk von Helmut Wagner, „Geschichte und Gesellschaft“, beilegt. Das Heft bringt ferner folgende Aufsätze: „Auf der Welle der Hölle“, „Menschliche Blutstrassen“, „Der Flugstreck des Arbeiters — Segelfliegen“, „Erziehung und Schule“ und „Allerlei Wissenswertes“. Das Heft „Soziales Wandern“ bringt diesmal Artikel über die Glasindustrie im Thüringer Wald und das andere Geschicht Amerika. Auf Verlangen stellt die Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H. in Jena jederzeit jedem Interessenten vollständig kostenlos Probehefte und Prospekte zur Verfügung. Am 1. Oktober hat ein neuer Jahrgang begonnen.

„Geschichte und Gesellschaft“ von Helmut Wagner. Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Jena. Großdruck 150 Mk. in Ganzleinen 2 Mk., Vorzugsausgabe 2,75 Mk. Das Buchlein beginnt mit einer Kritik der herrschenden Zustände auf dem Gebiete des menschlichen Soziallebens. Aus der Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung heraus versucht es, unter Aufzeichnung der Verlogenheit der bürgerlichen Gesellschaft und der in den Nachfragen ihres Staates verankerten brüchigen Moral, zukunftsweisend die Formen einer gesellschaftlichen Regelung der irdischen Beziehungen der Menschen und aller damit verbundenen Fragen im Sozialismus, der Gesellschaft der Zukunft, abzuleiten. Das Buch wendet sich in erster Linie an die jüngere Generation des Proletariats.

„Büchermärkte“ und „Arbeiterbildung“. Das Septembereft der „Büchermärkte“ bringt eine umfangreiche Kurzschriftposition von S. Käferstein über Gemeindeverwaltung und Gemeindepolitik.

Für die Gedenkfeier am 9. November enthält das Septembereft der „Arbeiterbildung“ eine gut durchgedachte Rededisposition von Max Barthel und eine Anzahl von Programmvorschlägen von A. Johannsson.

Von geschichtlichem Reiz ist ein in der „Büchermärkte“ veröffentlichter Aufsatz von A. Gurkand „Die Stimmungen im modernen Sozialismus“. In diesem Aufsatz, dem ein weiterer folgen soll, wird der Versuch gemacht, an Hand der wichtigsten Erscheinungen der sozialistischen Literatur die geistigen Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie von den neunziger Jahren bis in die Gegenwart herauszuarbeiten.

Die „Büchermärkte“ mit „Arbeiterbildung“ ist zum Preise von 1,50 Mark für das Vierteljahr durch die Post oder die Buchhandlung zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pfennig. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, stellt Probenummern gern zur Verfügung.